

Redaktion
und Verwaltung:
Brag 11,
Havliczkova nám. 72.
Telephon 679
nachts 678

Telegramm-Adresse:
Sozialdemokrat, Brag 11,
Havliczkova nám. 72.
Postfachamt 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährlich . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Abstellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einbindung der
Retourmarken.

Er scheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Freitag, 13. April 1923.

Nr. 85.

Das Wohnungselend.

Wenn man das Drängen der Hausherrn auf Beseitigung des Mieterschutzes sieht und Zeuge des Eifers ist, mit welchem die Regierung und die regierenden Parteien an der Durchföherung des Mietergesetzes arbeiten, könnte man meinen, daß das Wohnungselend immer mehr im Schwinden begriffen sei und kein rechter Anlaß mehr vorliege, sich den Wünschen der Vermieter entgegenzustellen. Ungefähr das Gegenteil ist der Fall. Die Bautätigkeit hat zugenommen — wohl, aber was sie hervorbringt, vermag nicht einmal einen kleinen Bruchteil der Wohnungsuchenden und all der vielen zu befriedigen, die zur Aufnahme einer gewerblichen Tätigkeit entsprechender Mieträume benötigen. Man denke an die zehntausende neugegründeter Familien, die seit Kriegsende vergeblich ein Unterkommen suchen, denke an die völlige Unterbindung der Freizügigkeit, die in der Ausichtslosigkeit liegt, am neuen Dienstort auch nur eine Notwohnung zu finden, und denke an die täglich wachsende Schwierigkeit, eine Bank oder Sparkasse aufzutreiben, die den vom Staat garantierten, doch nicht beigestellten Baukredit auch tatsächlich in bar zur Stelle schafft. Die staatliche Initiative und die Förderung der gemeinnützigen Wohnungsbauvereinigungen durch Regierung und Behörden ist faktisch beinahe auf null gesunken, alles Heil liegt wieder, wie vor dem Umsturz, bei der privaten Initiative der kapitalkräftigen Klassen.

Das einzige Interesse, durch welches sich der Staat noch bewegen läßt, die uneingeschränkte Verfügungsfreiheit der Hausherrn über ihre Objekte einzudämmen, ist das nationale, hier wird die sonst den Mieterschutz so flott abbauende Gesetzgebung energischer und konsequenter, als sie bisher war, und scheut sich nicht, den zärtlich behüteten Vermietern mit Beschlagnahme, Gericht und Exekution zu drohen. Alle die hier charakterisierten Tendenzen schauen uns aus dem Bündel von Gesetzesvorschlägen entgegen, die der Nationalversammlung in den letzten Tagen zugegangen sind und welche die irreföhernden Titel „Schutz der Mieter“, „Außerordentliche Maßnahmen der Wohnungsfürsorge“ und „Aufschub der exekutiven Räumung von Lokalitäten“ führen. Denn die Namen klingen und hallen nur so von sozialer Einsicht und Fürsorge, aber hinter ihnen steckt der kapitalistische und nationale Egoismus der Herrschenden.

Am Mieterschutzgesetz im besonderen haben wir diesen Widerspruch zwischen Maske und Kern schon aufgezeigt, namentlich an dessen wichtigster neuer, sozial scheinbar so einrichtsvoller Bestimmung, daß geldstarke Personen oder Gesellschaften für die von ihnen benötigten Wohn- und Geschäftsräume bis zu 120 Prozent mehr zu zahlen haben als im August 1914. Tatsächlich bedeutet diese Vorschrift ein Geschenk an die Besitzer von Luxushäusern und an die reichen Leute; denn die einen dürfen von 100 bis 60 Prozent mehr einstecken als ihre vom Zufall weniger geeigneten häuslichen Kollegen, und die anderen haben die sichere Gewähr, daß man zunächst für ihre Bedürfnisse berechnete Häuser bauen und sie als Mieter unbedingt vor jenen armen Teufeln bevorzugen wird, die nicht so glücklich sind, jährlich 60.000 Kronen einzunehmen. Kommen die schon bisher keine Wohnung finden, weil sie die geforderten phantastischen Abtrittsummen nicht aufbringen konnten, so werden sie jetzt mit recht den mit 100 Prozent mehr belasteten reichen Konkurrenten gegenüber leer ausgehen. Und eben die kapitalistischen Privatleute, denen man so noble Zuwendungen aus den Taschen der Mieter macht, sind es, welche die gesamte künftige Bautätigkeit in die Hand nehmen sollen, die einzige, wirkliche sozial gedachte Lösungsmöglichkeit des Wohnungsproblems, ein öffentlicher Baufond, wird gemieden wie brennendes Feuer.

Die zweite Frage, die das Mieterschutzgesetz nahelegt, ob bei den zulässigen Mietzinssteigerungen auf die wirtschaftlich Schwachen,

Der Kampf der chemischen Arbeiter.

Ausdehnung des Streiks. — 5000 Arbeiter im Ausstand.

Aussig, 12. April. (Eigenbericht.) Der Streik hat sich im Laufe des Donnerstag auf verschiedene kleinere Betriebe in Aussig ausgedehnt, so auf die Firma Schulz mit 45 Arbeitern, die Firma Packmann mit 30 Arbeitern und auf die Firma Union mit 40 Arbeitern. Die Arbeiter der Central-Werke in Kirschwitz stehen seit Mittwoch nachmittag 2 Uhr im Streik, so daß mit den drei großen Betrieben in Aussig ungefähr 5000 Arbeiter im Kampfe stehen.

Die politische Bezirksverwaltung hat im Laufe des Donnerstag acht Gendarmen bei den Schichtwerken einquartiert. Die Maßnahme ruht unter der Arbeiterschaft Erbitterung hervor, da dazu gar keine Ursache vorliegt, zumal der Betriebsausschuß im Betriebe selbst für die Ruhe und Ordnung sorgt.

Die D. S. V.-Leute als Streikbrecher.

Wir haben gestern bereits berichtet, daß verschiedene Mitglieder des D. S. V. sich an den verschiedenen Streikbrecherarbeiten beteiligten. Es ist im Interesse des D. S. V. selbst nötig, daß er seine Mitglieder belehrt, eine andere Stellung gegen den Kampf der Arbeiter einzunehmen, da man sonst gegenüber der genannten Organisation bestimmte Rückschlüsse ziehen muß. — Es ist übrigens interessant zu vermerken, daß das erste Opfer des Streikbruchs der Direktor Künzner der Schichtwerke ist. Er hatte sich Mittwoch so eifrig bei der Tätigkeit der „Technischen Nothilfe“ — die man sonst Streikbrecherorganisation nennt — beteiligt, daß er sich Klassen (!) an den Händen zuzog. Er begab sich Donnerstag auf die Unfallstation und ließ sich dort die Hände behandeln, auswaschen und verbinden. Jetzt läuft er zum größten Vergnügen der Arbeiterschaft mit verbundenen Händen herum. Die Lektion wird ihn wohl dahin aufklären haben, daß es gar nicht so leicht ist, sich als Arbeiter sein Brot zu verdienen.

Ein neuer Reparationsplan in Vorbereitung.

Berlin, 12. April. (Eigenbericht.) Der Berliner Korrespondent des Pariser „Journal“ meldet, daß Reichsfinanzminister Hermes einen neuen Reparationsplan ausgearbeitet habe, nach dem Frankreich 26 Milliarden Goldmark erhalten und außerdem Belgien und Italien entschädigt werden sollen. Die dazu notwendigen Summen sollen durch große äußere und innere Anleihen aufgebracht werden. Der Reichswirtschaftsminister soll dem Plane zugestimmt haben, da die deutschen Industriellen erklärt hätten, daß die gegenwärtige Lage unhaltbar sei. Es werde auch schon die Demission des Kanzlers und seine Ersetzung durch Stresemann besprochen. Dieser wolle das Ruhrabenteuer allerdings erst beenden, wenn er sich der Unterstützung der Sozialdemokratie vergewissert habe.

An dieser Meldung ist ein Teil richtig, ein Teil falsch. Wahr ist, daß in den einzelnen Ressorts ein Reparationsplan ausgearbeitet wird, der allerdings solange nicht spruchreif ist, als Frankreich auf einem Diktat besteht. Unrichtig ist die Behauptung, daß eine Umbildung des Kabinetts bevorsteht. Cuno ist nach wie vor der Mann des Vertrauens der bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie hat selbstverständlich keine Ursache, den Bürgerlichen die Verantwortung jetzt abzunehmen.

Der „Sozialdemokratische Parlamentarier“ kennzeichnet in einem Artikel die Stellungnahme der Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Situation. Es heißt darin, daß es selbstverständlich sei, daß Deutschland nun, nachdem es durch Poincares unsinnige Politik so gelitten habe, nicht das anbieten könne, was es im Dezember 1922 bieten konnte. Die Ausarbeitung eines Planes sei heute kein Vergnügen. Man müsse aber ernstlich der Auffassung entgegenstreben, daß Deutschland jetzt überhaupt mit keinem Plan hervortreten könne. Es müsse im Gegenteil der Welt zeigen, daß es bereit sei, seinen Verpflichtungen nachzukommen und müsse sich bereit erklären, die Grenzen seiner Zahlungsfähigkeit von einer internationalen Kommission feststellen zu lassen.

Berlin, 12. April. Die Meldung des Berliner Vertreters des Pariser „Journal“ daß Reichsfinanzminister Hermes mit Staatssekretär Bergmann einen neuen Reparationsplan ausgearbeitet hätten, dem der Reichspräsident Ebert zustimme, während Außenminister Rosenberg widerspreche, wird von zuständiger Stelle als unrichtig bezeichnet.

auf die von Arbeitslosigkeit, Lohn- und Gehaltsabbau gewährten Arbeiter und Beamten einigermaßen Rücksicht genommen wird, läßt der Regierungsentwurf im Dunkel. Die Kommentare der Koalitionsblätter betonen eifrig und wie aus einem Munde, daß nur ein Einkommen des Mieters von über 60.000 Kronen eine Steigerung zulässig mache. Der Entwurf selbst erklärt hingegen im § 9 bei Klein-, Zwei- und Dreizimmerwohnungen eine Steigerung von 20, beziehungsweise 40 und 60 Prozent als „von der Kundmachung dieses Ge-
gesetzes nachfolgenden Mietsperiode ab allgemein zulässig“. Was bedeutet dieser Widerspruch? Entspringt er nur der hierzulande üblichen schlampigen Gesetzesmacherei, die bei Neuauflagen schon bestehender Gesetze ältere Bestimmungen unbeachtet übernimmt und zu sagen vergißt, daß bei schon einmal durchgeführter Erhöhung eine Wiederholung „von der nächsten Mietsperiode ab“ verboten sei, oder führen die Koalitionsblätter die Öffentlichkeit bewußt irre? Jedenfalls bedarf der § 9, um nicht nachher eine gefährliche

Waffe in der Hand der Hausherrn zu werden, einer ganz eindeutigen Fassung.

Genau so wie das Mieterchutzgesetz, löst auch der Entwurf über den „Aufschub exekutiver Räumungen von Lokalitäten“ den wirtschaftlich Schwachen im Stich. Nach der bisher geltenden Verordnung konnte die zwangsweise Räumung einer Lokalität immer wieder hinausgeschoben werden, bis der Bekündigte eine Ersatzwohnung gefunden hatte. Von jetzt ab wird wohl auch der Mieter geschützt, dafür aber kann ein je vierteljährlicher Aufschub höchstens dreimal gewährt werden und das auch nur an Leute, die zahlen können. Die Kernsten der Armen, welche die Miete nicht aufzutreiben vermögen, fliegen, doch auch gegen die meisten Kündigungsgründe des neuen Mieterchutzgesetzes gibt es keinen Aufschub der exekutiven Räumung. Ferner darf der Hausmeister gegen den Hausherrn nicht „grob oder beleidigend“ sein und darf sich nicht „grundlos weigern, seine Verpflichtungen zu erfüllen“; der Mieter darf nicht so unglücklich sein, in Räumen zu wohnen, die ein Unternehmer zur Herstellung irgend welcher Verbindungen von Lokalen braucht oder die der Staat für Beamte, Offiziere und Gendarmen erfordert, denn dann tritt die Zwangsbelogierung unweigerlich in Kraft.

Dieses Anforderungsbedürfnis des Staates, der seinen Bediensteten, Soldaten und Gendarmen Wohnungen verschaffen will, bildet den Grundzug des dritten, unter dem schönen Namen der „Wohnungsfürsorge“ dahinjerkenden Gesetzes. Gewiß wäre es eine ideale Forderung, daß über frei werdende Wohnungen bloß die öffentlichen Organe zu verfügen und sie nach Maßgabe des Bedürfnisses zu vergeben haben. Aber die Voraussetzung dafür ist die strengste Objektivität der Behörden und an die zu glauben, haben uns die Erfahrungen von vier Jahren ganz und gar unendlich gemacht. Wenn deshalb den politischen Bezirksverwaltungen durch das neue Gesetz das Recht zuerkannt wird, bewohnbare Räume, die vom Hausherrn trotz behördlicher Aufforderung binnen vierzehn Tagen nicht vermietet werden, ohne ein Berufungsrecht des Besitzers zu vergeben, so wissen wir, wer diese Wohnungen erhalten wird: Sendboten der nationalen tschechischen Mission, bewußte Störenfriede im achselhohen deutschen Sprachgebiet. Die alteische Absicht atmet aus der drakonischen Einseitigkeit, mit welcher die Behörden fortan über die von verfehlten Staatsbeamten innegehaltenen Wohnräumen zu verfügen werden. Deren faktischer Besitzer soll nicht mehr der Beamte selbst, sondern der Staat sein, nur bis der es gestattet, darf der Anstellte kündigen, und wenn der Staat präsentiert — und das wird wieder ein vollgültiger Nationaler sein! — darf in die so frei werdende Wohnung einziehen; daß der bisherige Anhaber in seinem neuen Dienstort auf dem gleichen Wege eine Wohnung erhält, wird ihm keineswegs zugesichert. Und doch wäre das unmaßmäßig notwendig, denn jeder, den das Unlück betroffen hat, überließeln zu müssen, weiß, was eine Wohnung als Verkaufsobjekt bedeutet. Aber die Staatsbeamten, denen schon so viel genommen wurde, dürfen nicht mucken und müssen sich umherziehen lassen wie die Schachfiguren, das „nationale Interesse“ verlangt es so und das ist härter als selbst das dreimal heilige Eigentumsrecht.

Wo es gilt die „völligen Ansprüche“ durchzusetzen, da finden, wie die gestrigen Ausschlußberatungen erwiesen haben, alle tschechischen Parteien einander, wo der Gewinn der Unternehmer und Hausherrn in Frage kommt, da stoßen sofort, man lese daraufhin die Worte des deutschen Marquiers Fischer, die germanischen Kapitalistenvertreter zur Front ihrer tschechischen Klassenbrüder. Und gegen diese Pfalanz verbündeter Egoisten ist der Proletarier und der Proletarisierte, sind die Hunderttausende, deren Wohl und Wehe, deren ganzes Sein und Schicksal mit dem unerreichbaren Wunsch verknüpft ist, ein armseliges Dach über dem Haupte zu haben, sind sie alle verraten und verloren.

Die Sicherung Frankreichs.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Das Versteckspiel, das mit der Reise Loucheurs nach England getrieben wurde, hat aufgehört. Es darf nunmehr als sicher gelten, daß der frühere französische Außenminister, der durch seine mit Rathenau getroffenen Vereinbarungen über die Schließung des ersten Schritts zu einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich getan hatte, dieses Mal die Initiative zur Verständigung des Ruhrkonfliktes ergriffen hat. Loucheur ist ein gewiegener Politiker und man sieht in ihm bereits den Nachfolger Poincarés; zugleich aber ist er als Großindustrieller zu sehr Wirtschaftler, um nicht die Parole des Comités des Forges zu der seinigen zu machen, daß nämlich das praktische Ziel die deutsch-französische Industrieverständigung sein müsse. Man muß sich allerdings von der Vorstellung freimachen, als ob die weitere Entwicklung des Ruhrkonfliktes zu einem politischen Spektakel erster Ordnung werden würde; beginnend mit der Enttätigung Frankreichs, als zweiten Akt den Sturz Poincarés und am Ende als Apokalypse eine allgemeine Verbrüderung der europäischen Völkerverfamilie. Noch bestimmen kapitalistisch-imperialistische Tendenzen die Regierungskunst der europäischen Staatsmänner und auch in der nächsten Zukunft werden nicht Recht, Gerechtigkeit, Wahrheit und ähnliche Begriffe die internationalen Beziehungen der Nationen regeln, sondern lediglich die Macht des Stärkeren und der brutale Wille zur Verwilderung des einen Landes auf Kosten des anderen.

Loucheur als Wirtschaftsmann neigt einer anderen Methode zu als Poincaré und Millerand, die politisch-juristischen Vertreter des französischen Imperialismus. Aber mag die Erneuerung Frankreichs noch so schnell fortschreiten, so wird weder Loucheur noch sonst jemand die Erbschaft Poincarés unter dem Verdacht antreten wollen, vor dem passiven Widerstand Deutschlands zurückzuweichen zu sein. Es geht dort ebenso wie in Deutschland, wo keine einzelne Partei weitgehende Zugeständnisse an die Entente machen kann, ohne von den anderen Parteien eines neuen „Dolchstoßes von hinten“, eines Verrates am Vaterlande bezichtigt zu werden. Erst wenn haben wir drüben alle maßgebenden Parteien, mit der Mehrheit des Volkes hinter sich, den entscheidenden Schritt zu einer Verständigung tun, und den Willen zu gegenseitigen Zugeständnissen und Opfern zeigen, kann es zu einem dauernden Einbernehmen zwischen Frankreich und Deutschland und damit zu der endgültigen Befriedigung Europas kommen.

Die Entwicklung in Frankreich in dieser Richtung zu fördern, muß Sache des französischen Volkes selbst sein, ihr kann von außen nicht durch Propaganda oder gutes Zureden nachgeholfen werden. Was das deutsche Volk in seiner gewaltigen Mehrheit anbeht, so will es den Frieden nicht in den westlichen Nachbarn, es ist zu den größten Opfern bereit, um diesen Frieden zu einem endgültigen und dauernden zu machen. Die arbeitende Bevölkerung Deutschlands trägt schon jahrelang um dieses Ziel willen Existenzunsicherheit und Lebensmittelpnot. Unterernährung und Unterernährung; sie steht an der Spitze des Abwehrkampfes an der Ruhr, nicht um einen neuen Waffengang mit dem französischen Militarismus zu unternehmen, sondern um die militärische Gewalt mit den friedlichen Mitteln des passiven Widerstandes zu besiegen. Aber das deutsche Volk, die deutsche Arbeiterklasse insbesondere, weiß, daß mit Passivität allein das Ziel der Verständigung nicht gewonnen werden kann; es muß eine aktive Politik der deutschen Regierung hinzukommen, die der Welt positiv sagt, was Deutschland leisten kann und leisten will, um die berechtigten Ansprüche des französischen Volkes zu befriedigen.

Die französischen Forderungen lassen sich auf die beiden Gruppen der Wiedergutmachung der Kriegsschäden und der Sicherung Frankreichs vor neuen Angriffen durch ein

Die Schandherrschaft der Rheinlands-Kommission.

Eine neue Note der deutschen Regierung.

Berlin, 12. April. (Wolff.) Die deutsche Regierung übergab den Regierungen von Paris, London und Brüssel eine Protestnote gegen das Vorgehen der Rheinlands-Kommission gegen das Eisenbahnpersonal im besetzten Gebiete. Die deutsche Regierung lehnt es ab, deutsche Eisenbahnen und deutsches Personal für Militärtransporte herzugeben, welche von der französischen und belgischen Regierung unter der Verletzung des Versailler Vertrages stattfinden und die eingeleiteten Gewaltmaßnahmen dienen sollen. Den Bediensteten wird von den Besatzungsbehörden nur die Wahl gelassen, zwischen dem Verlassen des Dienstes und dem Verrate an dem eigenen Volke. Sie sollen durch Verdröhung mit Waffengewalt, Mißhandlung, Gefängnisstrafe und Zwangsarbeit gefügig gemacht werden. Die Note weist die Behauptung, daß es sich bei den neuen Verordnungen der Rheinlands-Kommission auch

um die Sorge für die Sicherheit und Existenz der Bevölkerung handelte, als beabsichtigten Hohn zurück. Alle neueren Maßnahmen der Rheinlands-Kommission verfolgten gleichmäßig das Ziel, die Rheinlande vom unbesetzten Deutschland zu trennen. Die neuerrichtete Eisenbahnregie geht bei der Entlassung des deutschen Personals mit äußerster Brutalität vor und vertreibt Beamte mit Familien aus ihren Wohnungen. Allein am 7. April sind aus Trier 120 Eisenbahner mit Familien von bewaffneten Spahies gewaltsam aus ihren Wohnungen vertrieben worden, wodurch 500 Männer, Frauen und Kinder, darunter Schwärmerinnen und Säuglinge, obdachlos auf die Straße gesetzt worden sind. Alle Vorstellungen der Stadtverwaltung und Regierung waren vergeblich und selbst der kleinste Ausschub wurde verweigert.

W Frankreich kriegsgegeneuerlich?

Paris, 12. April. (Havas.) Lord Curzon erklärte im Interview mit dem Hauptredakteur der „Touraine Republicaine“: Ich glaube aufrichtig, daß Frankreich nicht vom Eroberungsgeiste erfüllt ist. Ich glaube, daß bei ihnen der Imperialismus eine tote Sache sei. Ihr Volk, welches den Frieden so sehr braucht, ist meinem Dafürhalten nach ein entschiedener Feind des Krieges. (Das Volk wohl, aber die Poincaré, Tardieu und Maginot lechzen nach neuem Schlachtenruhm. D. Red.) Ich sah ihre verwüsteten Gebiete. Es war ein schrecklicher Anblick. Ich meine, daß für dieselben nicht genügend getan worden ist. Ich selbst, sagte schließlich Lord Curzon, war immer ein großer Freund Frankreichs und Vertreter einer Ententeordiale mit ihr.

England beharrt bei der Neutralität.

London, 11. April. Im Unterhause fragte ein Mitglied, ob infolge der Unterredung mit Loucheur die Regierung beabsichtige, ihre augenblickliche Politik der freundschaftlichen Neutralität gegen Frankreich aufzugeben und eine Politik anzunehmen, die Frankreich eine unbedingte Unterstützung seiner Aktion gegen Deutschland gewährt. Baldwin erwiderte, die Antwort laute verneinend. Auf die weitere Anfrage, ob dies so zu verstehen sei, daß die Unterredung mit Loucheur gar keine Wirkung haben würde, wurde keine Antwort erteilt.

Rath Loucheur — Klotz.

Paris, 12. April. Die Havas meldet aus London: Der ehemalige Finanzminister Klotz ist gestern abends in London eingetroffen. Nach dem Londoner Berichte des „Echo de Paris“ erregt dieser Besuch nach dem Besuche Loucheurs einiges Interesse.

wiedererstarktes Deutschland zurückzuführen. Was die wirtschaftlichen Zugeständnisse des deutschen Reichs anlangt, so ließe sich bald ein Uebereinkommen schaffen, wenn dem Vorschlag des deutschen Außenministers auch von Frankreich zugestimmt wird, nämlich die Leistungsfähigkeit Deutschlands durch ein sachverständiges, internationales Gremium feststellen zu lassen. Ob dabei die Summe von 50 Goldmilliarden herauskommen wird, auf die sich angeblich Frankreich und England inoffiziell bereits geeinigt haben, kann man dahingestellt sein lassen. Ohne Zweifel hat die deutsche Wirtschaft durch den Ruhrbruch ungeheurer gelitten und es wird längerer Zeit bedürfen, um den wirtschaftlichen Heilungsprozess durchzuführen. Aber in welcher Höhe die Reparationssumme durch die internationale Kommission auch festgelegt werden mag, die deutsche Regierung hat sich bereit erklärt, die zu ihrer Deckung notwendigen internationalen Anleihen anzunehmen und sie mit jeder von dem Anleihekonsortium als nötig bezeichneten Sicherheit anzustücken. So mißtrauisch man auch gegen die Versicherungen einer bürgerlichen Regierung sein mag, so wird sie doch in diesem Falle gestützt durch die Deutsche Volkspartei, der Vertreterin des großen Kapitals, und in deren Namen hat jetzt wieder der Abgeordnete Strefemann in der „Vossischen Zeitung“ die Bereitschaft zur Lösung der Reparationsfrage im Sinne der Regierungserklärung zugesagt.

Die Grundlagen zu der von Loucheur und dem Comité des Forges angestrebten deutsch-französischen Industrieverständigung werden also bereits sichtbar; bleibt noch die militärische

Sicherung Frankreichs. Dazu ist zuerst soviel zu sagen, daß nach den tausendjährigen Erfahrungen der Geschichte auch die größten Heere, die stärksten Befestigungen, die intimsten Bündnisse den Frieden zwischen den Völkern nicht sichern können. An die Stelle der Macht und der Gewalt muß vielmehr endlich die gegenseitige, gleichwertige und gleichberechtigte Uebereinkunft treten. Auch die Entmilitarisierung und die Neutralisierung der Rheinlande, wie sie von der französischen Regierung gefordert wird, kann einen Zustand des vertrauensvollen Gleichgewichts zwischen Frankreich und Deutschland nicht schaffen. Schon durch den Vertrag von Versailles ist ja die Rheinprovinz entmilitarisiert worden; einer Neutralisierung, einer verschleierte Loslösung dieses Gebietes von Deutschland kann keine Regierung zustimmen, mag sie nun bürgerlich, sozialistisch oder kommunistisch sein. Ob die Rheinlande künftig von Preußen losgelöst und einen selbständigen Bundesstaat im Rahmen des Reiches bilden sollen, darüber hat das deutsche Volk selbst zu bestimmen, das kann ihm von außen nicht aufzuerzogen werden. Im übrigen hat sich ja bisher schon die Entmilitarisierung nicht auf die Rheinlande beschränkt, sondern ganz Deutschland ist entwaffnet. Was bedeuten bei 60 Millionen Einwohnern 100.000 Reichswehrsoldaten ohne moderne Großwaffen gegenüber dem französischen Millionenheer mit seinen unzähligen Tanks, Riesengeschützen, mit seiner Luftflotte und seiner Seerüstung? Es mögen noch hie und da Waffenlager in Deutschland versteckt sein; aber sie reichen kaum zu einem innerpolitischen Putz hin, geschweige

denn, daß sie den Beginn eines Feldzuges gegen Frankreich ermöglichen sollten.

Die wahre Sicherung Frankreichs gegen neue Angriffe wird kein wie immer gearteter militärischer Plan bilden, sondern nur die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit des französischen und deutschen Volkes. Die deutsche Arbeiterklasse ist bereit, diese Sicherung Frankreichs zu schaffen. Das Proletariat Deutschlands hat es abgelehnt, mit den französischen Generalen gemeinsam die deutschen Kapitalisten zu bekämpfen; aber es will in essier Front mit dem Proletariat Frankreichs stehen, um dem Nationalismus und dem Imperialismus hier wie dort ein Ende zu machen und jene Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens und des solidarischen Zusammenarbeitens der Völker zu schaffen, die allein die Sicherung Frankreichs und den Frieden Europas gewährleisten können.

Die Beratung des Mieterschutzgesetzes.

Alle Abänderungsanträge abgelehnt. — Die Deutschbürgerlichen gegen den Mieterschutz und für die Hausbesitzer.

Der sozialpolitische Ausschuss des Abgeordnetenhauses hat unter Vorsitz des Abg. Dubickh eine Sitzung abgehalten, auf deren Tagesordnung sich die Regierungsvorlage über den Mieterschutz, über die außerordentliche Wohnungsfürsorge und den Ausschub der exekutiven Räumung von Lokalitäten befanden haben. Der Vorsitzende regte an, alle drei Vorlagen unter einem in Verhandlung zu ziehen. Genosse Abg. Pohl protestierte gegen diese Absicht und es wurde beschlossen, jede Vorlage separat in Verhandlung zu stellen. Der Berichterstatter Abg. Langr befürwortet die Vorlage.

In der Generaldebatte setzt sich Abg. Dr. Reibl (D-nat.) überaus warm für die Hausbesitzer ein. Abg. Genosse Hausmann verwies darauf, daß für eine weitere Herabminderung des Mieterschutzes jede Voraussetzung fehlt und beschäftigte sich sodann mit den Ausführungen des Abg. Reibl. Herr Reibl warf sich als Anwalt der Hausbesitzer auf. Nach seiner Rede zu schließen, ist ihm der in der Regierungsvorlage vorgesehene herabgeminderte Schutz der Mieter noch zu wenig eingeschränkt.

Abg. Fischer (Bund der Landwirte) spricht sich mit aller Entschiedenheit für die Aufhebung des Mieterschutzgesetzes aus. Abg. Dr. Winter (tschech. Sozialdem.) gibt zu, daß die Vorlage das Werk eines Kompromisses ist. Abg. Genosse Pohl hält den gegenwärtigen parlamentarischen Vorgang für äußerst befriedlich. Die Majoritätsparteien machen die Mitarbeit der Opposition unmöglich. Die Art der Beratung hat eine Oberflächlichkeit der Besuche zur Folge, unter der alle leiden. Abg. Klein kritisiert die Vorlage, insbesondere die über die Mündigung handelnden Bestimmungen.

In der vormittägigen Spezialdebatte werden alle Anträge der Opposition abgelehnt. Der Berichterstatter gibt sich gar nicht die Mühe, sachlich in die Beratung der gestellten Anträge einzutreten, er begnügt sich damit, bei jedem Antrag die Ablehnung zu empfehlen. Die Herren der Majorität empfinden die Verhandlung im Ausschusse nur als eine unangenehme Befehlsung. Sie sind fest entschlossen, nicht einen Strich an den Vorlagen zu ändern. Das ist insofern ein Novum, als es bisher, wenigstens bei sozialpolitischen Vorlagen, doch hie und da möglich war, eine Abänderung durchzusetzen. Durch dieses Vorgehen soll die Festigkeit innerhalb der Koalition dokumentiert werden.

In der nachmittägigen Spezialdebatte griffen unsere Genossen Hausmann, Pohl und Taub wiederholt ein. Abg. Dr. Winter, der dem ersten Teil der Beratungen nicht beigewohnt hat, war dann sichtlich bemüht, wenigstens einige Änderungen der Opposition, wenn auch ganz ne-

Wissen und Bildung.

Von Dr. Wolf Sart, Marienbad.

Eine Sache bilden, bedeutet, ihr jene Form geben, welche dem gewollten Zweck am besten entspricht und nebenbei dem Schönheitsgefühl des Menschen Rechnung trägt. Dies letztere Moment ist in dem Worte „Bilden“ mit inbegriffen, im Gegensatz zu dem sonst fast gleichbedeutenden „Formen“. Deshalb findet sich der Ausdruck bilden besonders bei den Darstellungen der schönen Künste: wir sprechen von einer Bildhauerkunst und die Erzeugnisse der Malerei bezeichnen wir einfach mit dem Worte: Bild.

Aufs Geistige übertragen, bedeutet also das Wort Bildung jene harmonische Gestaltung des menschlichen Wesens, welche zweckentsprechend und zugleich schön ist. Da das Schönheitsgefühl zu verschiedenen Zeiten und bei verschiedenen Völkern andere Ideale hat, wird der Begriff der Bildung schon aus diesem Grunde kein feststehender sein, sondern sich je nach dem Geschmack seiner Zeit ändern. Und da der Mensch in verschiedenen Lebensstellungen verschiedenen Zwecken dient, wird der Begriff der Bildung auch in derselben Zeit je nach dem Beruf und der Gesellschaftsklasse schwanken.

Das Wissen ist etwas viel abstrakteres als die Bildung. Es bedeutet die Beherrschung der Errungenschaften der Menschheit, wird also mit dem Lauf der Zeiten an Umfang wachsen, ist aber

von Geschmack und Mode ganz unabhängig. Wir sehen demnach, daß Wissen und Bildung im Grunde genommen sehr verschiedene Dinge sind.

Eine beliebte Lustspielfigur ist der gelehrte Professor, welcher im Salon eine komische Rolle spielt. Hier wird das Wissen zugunsten der sogenannten gesellschaftlichen Bildung verspottet. Das Umgekehrte ist seltener der Fall, wohl deshalb, weil es bei dem sehr oberflächlichen Bildungsbegriff unserer Zeit vielmehr sogenannte Gebildete als Wissende gibt.

Wenn wir hier die Frage: Wissen und Bildung“ aufwerfen, so geschieht es deshalb, weil der Bildungsbegriff unserer Zeit sich derartig verschoben hat, daß er nahe daran ist, eine öffentliche Gefahr zu werden. In der sogenannten Gesellschaft ist er zu einem geistlosen, rein formalen Ding herabgesunken. Es gehört zur Bildung, daß man weiß, wie man sich zu jeder Tageszeit und zu jeder Art von gesellschaftlicher Veranstaltung kleidet. Wer zur unrechten Zeit oder am falschen Fleck eine lichte Hofe oder eine lange Kravatte trägt, verfällt in gewissen Kreisen der Vöhrlichkeit, gilt als ungebildet. Daß gewisse Vorherrscher beim Essen als Maß der Bildung gelten, mag noch eine Berechtigung haben, wird aber vielfach an Wichtigkeit übertrieben. So kommt es, daß ein Reklamer oder Herrschaftskafai heute in der Gesellschaft jahrelang als Hochstapler sein Wesen treiben kann und für vollwertig angesehen wird, ein Beginnen, das irgend einem Professor, der in einer Landstadt aufgewachsen ist, keinen Tag gelingen würde.

Umgekehrt ist es aber ganz ausgeschlossen, daß das Bildungsideal früherer Zeiten, etwa der Renaissance, in unserer Zeit wieder erwachen kann. Damals war Bildung gleichbedeutend mit Wissen und Geist. Das ist schon deshalb unmöglich, weil der Stoff des Wissens in unseren Tagen derartig angewachsen ist, daß es keinen Menschen gibt, der ihn auch nur annähernd zu beherrschen vermag. Auch auf dem Gebiete des Wissens ist die Arbeitsteilung eingetreten und anstelle des univiersalen Polyhistor ist der Fachgelehrte getreten. Da aber selbst die feinste Gesellschaft an Kleidervorschriften, fremdländischen Tänzen und dergleichen als Bildungsideal nicht genug haben kann, und notwendig einen geistigen Auspust braucht, ist anstelle des Wissens bei der modernen gesellschaftlichen Bildung das „Orientiertsein über alles“ getreten. Der „Gebildete“ muß über alles reden können, über Einstein, und den letzten Rekord im Fußballspiel, über indische Philosophie und Valutafragen, über die neueste Literatur und die neuesten Moden. Das Wissen schöpft man aus den Tageszeitungen und die Kunst des Gebildeten besteht darin, die paar angelesenen Brocken im Gespräch so zu verwenden, daß der Zuhörer den Anschein gewinnt, als wisse der Redende wirklich etwas von den Dingen, über die er spricht. So wird die Bildung zum Herrbild, zur Halb- und Viertelbildung, die schlimmer ist, als Unbildung.

Wir leben in einer gärenben Zeit, die von vielen als ein Verfall der Kultur bezeichnet wird. Mit eben soviel Recht könnten wir sie das Geburtsalter einer neuen Kultur nennen. Denn alle

Kulturen sterben erst dann, das lehrt uns die Geschichte, wenn eine neue junge Kultur als Erbin an der Schwelle steht. Für uns Menschen des Uebergangsalters, die wir den Willen haben, möglichst bald aus dem Sturm der Tage wieder in geklärte Verhältnisse zu kommen, erwacht die Verpflichtung, schenken Auges das Alte, nicht mehr Lebensfähige abzustreifen und dem nachdrängenden Neuen, soweit es dauernden Wert zu haben verspricht, die Wege zu ebnen. Aber jede Uebergangszeit birgt die Gefahr in sich, daß sich die Menschheit in zwei Gruppen spaltet; die Lobredner des Alten, die gewaltsam festhalten möchten, was längst verloren und überwunden ist, und die kritischen Lobredner alles Neuen, die am liebsten alles Bestehende niederreißen möchten, ohne selbst zu wissen, was an dessen Stelle zu sehen wäre. Die Gefahr dieser Spaltung wird noch größer, wenn sich die Parteigänger nach Klassen spalten, wie dies in unserer Zeit der Fall ist. Hier die gangbaren Wege zu suchen, und wenn man sie erkannt hat, zu predigen, ist Pflicht eines jeden. Die Allgemeinbildung, wie sie von unseren mittleren Schulen übermittelt wird, hat sich überlebt. Sie wird weder von der Gesellschaft, noch von den anderen Klassen als Ideal mehr anerkannt. Die materielle Not der Gebildeten entspringt nicht zuletzt aus diesem Umstände, daß ihre Bildung heute als solche nicht mehr Geltung hat. Aus dem Leben und Wissen unserer Zeit ein Bildungsideal zu schaffen, ist ein Ziel, das des Schweißes der Edelsten wert ist.

benfächlicher und untergeordneter Art, zur Aufnahme zu empfehlen. So hat er sich auch dafür ausgesprochen, daß ausdrücklich festgesetzt werde, daß nur jener Aufwand auf den Mieter überwälzt werden könne, den der gegenwärtige Vermieter nachweisen kann. Keineswegs soll der Aufwand, den der Vorgänger des Vermieters gehabt hat, auf den Mieter überwälzt werden können. Der Ausschuss hat auch mit 15 gegen 11 Stimmen beschlossen, die Abstimmung über diesen Abstoß zurückzustellen.

Der sozialpolitische Ausschuss beschäftigte sich weiters mit der Regierungsvorlage betreffend die außerordentlichen Wohnungsfürsorgemaßnahmen. Alle von uns gestellten Abänderungsanträge wurden abgelehnt. Beide Gesetze wurden mit einigen kleinen Abänderungen in der ursprünglichen Fassung zum Beschluß erhoben.

Inland.

Gemeindevahlen im September und Oktober. Die „Tribuna“ teilt mit: „Die Regierung und die Koalition haben nun definitiv entschieden, daß die Gemeindevahlen stappweise in den Monaten September und Oktober stattfinden. Ueber die Verbesserung des Gemeindevahlrechtes wird noch unter den koalitierten Parteien verhandelt, da einige frichtige Punkte noch nicht bereinigt sind. In der Frage der Aufhebung des Gemeindevahlrechtes der Soldaten liegen drei Anträge vor. In dem ersten Antrag wird die Aufhebung des Soldatenwahlrechtes überhaupt verlangt, und zwar sowohl in die Gemeinden, als auch in die Nationalversammlung. In dem zweiten Antrag wird den Soldaten bloß das Wahlrecht in die Gemeinden aberkannt und der dritte Antrag läßt den Soldaten das Gemeindevahlrecht, nimmt ihnen aber das Parlamentswahlrecht. Ueber die Frage der Wahl des Vize-Bürgermeisters aus dem Pleum ist bereits eine Einigung erzielt. Aber die tschechischen Sozialdemokraten beantragen auch die Wahlen des Vize-Bürgermeisters aus dem Pleum, was auf den Widerstand einiger anderer Parteien stößt. Die Verbesserung des Gemeindevahlrechtes wird auf jeden Fall noch in der Frühjahrsession erfolgen.“ — Daß sich die Koalitionsparteien auf die Aufhebung des Soldatenwahlrechtes „einigen“ werden, war vorzusehen; fürchtet sich doch jede Koalitionspartei vor den Soldatenwählern, die Einigung wird also nicht so schwer gewesen sein. Was die Wahl des Bürgermeisters aus dem Pleum anlangt, so waren die tschechischen Sozialdemokraten früher die entschiedensten Befürworter der heutigen Wahlart des Bürgermeisters. Sie wollen durch den neuen Modus die Herrschaft der Koalition eben auch in den Gemeinden voll etablieren.

Die Földesshäre. Der Abgeordnete Dr. Josef Földessy hat an die Leitung der ungarischen sozialdemokratischen Partei folgendes Schreiben gerichtet: „Nachdem ich seit längerer Zeit weder mit der Linken der ungarischen sozialdemokratischen Partei, noch mit deren Anschließern an die Wiener Internationale Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien einverstanden bin, trete ich aus der Partei aus.“ — Dieser Austritt ist nicht ein so freiwilliger, wie dies aus diesem Brief hervorgeht. Gegen Dr. Földessy schwebt nämlich wegen anderer Fragen, die durchaus nicht auf politischem Gebiet liegen, in der ungarischen sozialdemokratischen Partei ein Ausschlußverfahren. Dr. Földessy wollte offenbar das Ergebnis dieses Verfahrens nicht abwarten und hat lieber in Form dieses Schreibens politischen Selbstmord verübt; seine politischen Gründe sollen nur unangenehme persönliche Affären verdecken helfen.

Die Straßentafeln. Am 30. Mai 1923 findet beim Obersten Verwaltungsgerichte in Prag die öffentliche mündliche Verhandlung über die Beschwerde der Stadtgemeinde Teplice über den Auftrag auf Anbringung tschechisch-deutscher Straßentafeln statt. Es ist dies der erste Fall seiner Art, der zur Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes kommt. Dagegen hat das Ministerium des Innern bisher noch in keinem einzigen Falle über die bei ihm anhängigen Rekurse gegen die Aufträge auf Anbringung der neuen Ortstafeln entschieden. Daraus erklärt sich, daß diese Angelegenheit noch immer nicht beim Verwaltungsgerichte anhängig gemacht werden konnte. Offenbar hängt damit zusammen, daß die amtlichen Ortsnamenverzeichnisse noch immer nicht fertiggestellt und in der vorgeschriebenen Weise verlautbart worden sind.

Die „Tribuna“ als Verteidiger des Abg. Rubíček. Dr. Rubíček, der von seiner eigenen Parteipresse verlassen wurde, hat nun einen Verteidiger gefunden — in der hochkapitalistischen „Tribuna“: Diese schreibt: „Bekanntlich beschloß der Klub der tschechischen Agrarpartei die Entscheidung des Präsidiums der Partei zur Kenntnis zu nehmen, wonach mit dem Abgeordneten Dr. Rubíček über die Resignation auf sein Mandat verhandelt werden soll. Dieser Klubbeschluss hat bloß akademischen Wert. Dr. Rubíček, der sich auf die einmütige (?) Vertrauensumgebung seines Wahlkreises berief und darauf hinwies, daß die Resignation und das Einverständnis der persönlichen Schuld den Zusammenbruch der Partei bedeuten würde, lehnt es in einer Zuschrift an die Partei ab, das Mandat niederzulegen und diese seine Entscheidung teilte er nach der Dienstag-Abendklausur dem Vertreter des Ministerpräsidenten Malápete als auch dem Klubvorsitzenden Stanek mit. Man kann mit aller Bestimmtheit erwarten, daß die Angelegenheit vorläufig in Ruhe bleibt, und daß Dr.

Wie? „La“
Rubíček Abgeordneter der Agrarpartei bleibt; dies um so eher, als die Fälle, wegen welcher das Gericht über Ansuchen Dr. Sulas das Abgeordnetenhaus um Auslieferung Dr. Rubíček ersuchte, keineswegs die Schuld am Zusammenbruch und Gefährdung der Einlagen betreffen, sondern die Art der Bankrottierung, für die Dr. Rubíček als Vorsitzender des Verwaltungsrates keine direkte Verantwortung trägt. Dr. Rubíček äußerte sich gegenüber seinen Mitkollegen, daß er bei der Verhandlung seiner Immunitätsangelegenheit im Abgeordnetenhaus das Wort ergreifen werde, um auf den tatsächlichen Stand der Sache hinzuweisen und die wahren Schuldigen zu enttarnen. Er erklärte sogar, daß, wenn er die volle Wahrheit sagen werde, alle jene, welche nach dem 1. Jänner 1922 in der Bohemia-Bank Geld einlegten oder Aktien der Bank kauften und Verluste erlitten haben, das Bankrott des Finanzministeriums wegen Ersatz des Schadens werde klagen können. Darin liegen auch die Ursachen, warum die Leitung der Agrarpartei Dr. Rubíček nicht so ohne weiteres über Bord werfen will. Sie ist der Überzeugung, daß die Angelegenheit der Bohemia-Bank eher die Affäre Dr. Rubíček ist. Der Agrarpartei ist nicht unbekannt, daß beispielsweise bei der Revision der Bank im Jahre 1922 ein solcher Stand der „Bohemia“ festgesetzt wurde, daß ihre Tätigkeit hätte sofort eingestellt werden sollen. Das Bankrott des Finanzministeriums hat aber seinen Befund weder dem Verwaltungsrat, noch dem Regierungskommissar der Bank mitgeteilt. Dafür wurde aber auf vertraulichem Wege dem Dr. Scheiner bedeutet, er möge aus der Leitung der Bank treten und die öffentlichen Geldinstitute durch eine vertrauliche Aufforderung aufmerksam gemacht, Einlagen aus der Bank zurückzuziehen, so daß im Laufe eines Jahres von der Bohemia 20 Millionen Kronen ausgezahlt wurden. Auch aus diesem Umstande und dann aus dem, daß die Untersuchung des Innenministeriums, dessen Chef noch kürzlich im Verwaltungsrat der Bohemia-Bank saß, in eine ungewöhnlich rege Bewegung setzt, läßt vermuten, daß es sich hier um einen genügend ernstes politischen interparteiischen Hintergrund handelt. Darüber läßt sich allerdings heute schwer sprechen, wo die Sanierungsaktion in vollem Gange ist und so günstig fortgeschritten, daß die Einlagen mindestens voll ausgegahlt werden können.“ — Die „Tribuna“ hat so recht deutlich wieder einmal ihr wahres Herz entbaldet. Es ist ungemein charakteristisch für dieses Blatt, das noch unlängst in einem Artikel für die Reinheit des politischen Lebens eiferte, mit welchen schloßen Waffen es den anrüchlichen Dr. Rubíček verteidigt. Es kann eben schreiben so und kann schreiben so! Bekanntlich haben die Agrarier bereits den Abg. Rubíček zum Mandatsverzicht aufgefordert; die „Tribuna“ aber will der Welt einreden, daß die agrarische Partei noch mit Rubíček „verhandelt“. Dr. Rubíček läßt sich eine Deputation seiner „Wähler“ kommen und das Prager Kapitalistenblatt spricht von einer „einmütigen“ Vertrauensumgebung. Und schließlich erwartet das Blatt hoffnungsvoll, „daß die Angelegenheit vorläufig in Ruhe bleibt“. Aber da täuscht sich die „Tribuna“: die von ihr sehnlichst erwartete „Ruhe über der Angelegenheit“ wird nicht eintreten.

Aus dem Parlament. Die tschechischen Koalitionsparteien haben sich dahin geeinigt, daß die Frühjahrsession mit Rücksicht auf die vorbereiteten Gemeindevahlen möglichst kurz sein soll. Sie soll bereits am 15. Mai beendigt sein, längstens aber bis Anfang Juni ausgedehnt werden. Die einzelnen Ausschüsse, hauptsächlich der sozialpolitische, der an der Sozialversicherung arbeiten wird, werden über die Ferien hindurch beisammen bleiben. — Die außerhalb der Koalition stehenden tschechischen sozialistischen Parteien beabsichtigen im Abgeordnetenhaus eine Anhebung gegen die Entscheidung der Vorkonferenz, durch die die Sozialisten an Polen abgetreten wurde, zu veranlassen. — Das Gesetz zum Schutz der Einleger der Bankinstitute wird dem Abgeordnetenhaus bereits am Dienstag den 17. April vorgelegt werden. — Der Immunitätsausschuss des Abgeordnetenhauses ist nun endlich auf den 17. April einberufen. Auf seinem Programm befindet sich die Wahl des Vorsitzenden, für den Dr. Pavouček, tschechischer Agrarier, kandidiert wird. — Eine Debatte über den Antrag der „Bohemia-Bank“ wird im Abgeordnetenhaus in der Dienstagtagung abgeführt werden. Die Regierung wird auf eine Interpellation der Koalitionsparteien mit einer Erklärung antworten, in der sie eine verschärfte Aufsicht über die Wirtschaft der Banken und ein Gesetz zum Schutz der Einleger ankündigt. Hoffentlich bleibt es nicht, wie bei so vielen Regierungserklärungen, wiederum nur bei Worten.

Der Krach in der nationaldemokratischen Partei Wäreneh scheint ernsterer Natur zu sein, als man bisher gedacht hat. Bekanntlich bestehen die nationaldemokratische Partei seit jeder zwei Flügel: der böhmische und der mährische. Der böhmische ist konservativer, der mährische, an dessen Spitze Dr. Englisch steht, ist fortschrittlicher. In der letzten Zeit trat dieser Gegensatz auch in der Finanzpolitik der nationaldemokratischen Partei, die bekanntlich das Finanzressort beherrscht, zutage. Der Prager Flügel vertritt die streng deflationistische Richtung und weiterhin, während die mährische Gruppe Dr. Englischs die Deflation bereits beendet sehen will. Die Prager Führer sind mit den Mährern schon seit länger Zeit unzufrieden und so wurde der Prager Professor Dr. Vaza mit der Organisierung einer konservativen Gruppe in Mähren betraut. Das tat nun Abg. Dr. Vaza in Gemeinschaft mit

dem Österr. Abgeordneten Späček. Diese beiden traten nun in Opposition gegen die offizielle Brüner Führung Stranskýs und Englischs. Die erste oppositionelle Tat war deren Beteiligung an der „Nationalen Bewegung“. Dieser Tage hatte nun die Opposition eine vertrauliche Sitzung, in der beschloffen wurde, insbesondere gegen die Brüner „Lidove Noviny“ vorzugehen. Es wurden Flugblätter gegen die Landesführung der Partei verteilt. Die Funktion der „Lidove Noviny“ soll der Prager „Obzor“ übernehmen und in Brünn wird bereits eine Filiale der Redaktion der Prager „Novodni Vihy“ errichtet. So soll jede Verbindung mit den „Lidove Noviny“ aufgegeben werden. Die Opposition, deren Hauptsitz in Mähren-Österr. und Prerau ist, gewinnt nunmehr auch im Brüner Gebiet das Uebergewicht.

In die eigene Adresse. Unter dem Titel „Wann tritt der Immunitätsausschuss zusammen?“ schreibt das „Pravo Lidu“: „Der Immunitätsausschuss des Abge-

ordnetenhauses ist schon seit längerer Zeit nicht zusammengetreten und erfüllt auch keine Pflicht nicht. Wie dies auf die Öffentlichkeit wirkt, kann man sich vorstellen. Jetzt zum Beispiel soll der Immunitätsausschuss über die Auslieferung des Abg. Dr. Rubíček, der wegen Betruges verfolgt wird, entscheiden. Die Öffentlichkeit erwartet gespannt, wann dies geschieht. Da es nicht möglich ist, die Einberufung des Immunitätsausschusses zu erzielen, befindet sich der Verbrecher auch weiterhin in Freiheit und provoziert durch sein Verhalten jedermann. Ist es möglich, hier ruhig zuzuschauen? Kann dies das Abgeordnetenhaus nicht Ordnung schaffen?“ — Die Klage des „Pravo Lidu“ kann sich doch nur an die Koalition, die allein über Wohl und Wehe des Parlamentes entscheidet, richten. In der Koalition wiederum spielen die tschechischen Sozialdemokraten die erste Geige oder sollten sie vielmehr spielen, da sie ja die an Abgeordneten und Senatoren stärkste Partei ist. Wozu also die journalistische Aufregung des „Pravo Lidu“?

Der Geheimprozeß Halbhuber.

Enttüllungen über ärztliche Verbrechen im Weltkrieg.

III.
„... Glauben Sie ja nicht, daß ich diese feigen Philister, die jetzt die Machtgelegenheit besitzen, um sich für ihr Minus an Mannheit an der Frontschaff zu rächen, für bewachte Löwen halte. Sie vergreifen sich vor mir, weil sie keines sehen können, sie handeln im Rausche des Erlebnisses, plötzlich ihre eigenen Vorurteile zu sein und einmal Dinge tun zu dürfen, für die sie nicht in ihrer Persönlichkeit, nur in der Gelegenheit die unentbehrliche „Deckung“ finden. Und die meisten dieser Schubbjode werden dereinst nicht einmal zu lassen sein, weil sie bei ihrem Handeln von jenem Koder gedeckt waren, der ihnen alles das erlaubt und gebietet, was ihnen bis dahin das Strafgesetzbuch verboten hat: vom Reglement. Groß war die Zeit, in der einer für Rauben, Morden und Schänden mit dem Verdienstkreuz davonkam, und für die Bestellung dieser Taten mit dem Mariathereisenorden.“
Karl Kraus, „Die letzten Tage der Menschheit“.

Schubjod Halbhuber wurde im Rausche des Erlebnisses nicht nur größtenteils unheimlich; er war moralisch und geistig schwer defekt, ein Schwachkopf und Ignorant, dessen Gehirn sich schon in Auflösung befand, als Ende 1916 Dr. Stränfler seine Anzeige erstattete. Trotzdem blieb Halbhuber bis zum Zusammenbruch Kommandant dort herrschen und wie in dieser Frontsoldatenfabrik mit Menschenleben umgesprungen wurde, davon geben die Enttüllungen Zeugnis, welche im Vorverfahre und bei der Hauptverhandlung gemacht, aber vor der Öffentlichkeit niedergedrückt wurden.
Schon das Vorverfahren, das wegen des „Verbrechens“ Stränflers eingeleitet wurde, gestaltete sich in Wahrheit zu einer furchtbaren Anklage gegen Halbhuber. Mit zwei Ausnahmen, auf die wir noch zu rückkommen werden, förderten die Aussagen der einvernommenen Zeugen, der Ärzte und der Richter, schweres Material gegen Halbhuber zutage, wozu noch das umfangreiche, schriftliche, über Auftrag des Kriegengerichtes erstattete Gutachten der Professoren Dr. Wagner-Jauregg und Ziabarszky Dr. Stranský kam.

Generallstabarzt Dr. Hermann stellte die auffällige Häufung unrichtiger Diagnosen, auffallend schwankende, mit den Tatsachen nicht übereinstimmende Spinalgutachten fest und sagte aus, daß die Gutachten von Unberuflichkeit durch Halbhuber einer Korrektur unterzogen wurden.
Generallstabarzt Doktor Matzel konstatierte Blößen Halbhubers auf psychiatrischem Gebiete, sehr rasche, unüberlegte und unverantwortliche Äußerungen. Ihm wurde berichtet, daß Halbhuber ein Säuferei sei und auch in betrunkenem Zustande ins Spital gekommen sei. Nebenbei äußerten sich Ziabarszky Dr. Slechta und Oberarzt Dr. Kottlitz, dessen Befunde von Halbhuber bei Vorstellungen von Konstatierungsfällen zerrißten wurden. Dr. Roth aber war einer von jenen Ärzten, welche sich dem größtenteils unheimlichen, verbrecherischen Regime Halbhubers wider besseres Wissen fügten. In diese Kategorie gehörten auch Dr. Petrávalsky und — Prof. Dr. Margulies.

Halbhuber und Prof. Margulies.

Dem Halbhuber wurde von Margulies der Zugsführer Adolf Braun mit der Diagnose: „Progressive Paralyse“ und der Klassifizierung: „In jedem Dienst ungeeignet“ vorgestellt. Auf Befehl Halbhubers wurde die Diagnose: „Progressive Paralyse“ getrieben, statt dessen: „Neurosen mitteren Grades“ hingeschrieben und die Klassifizierung wurde folgendermaßen geändert: „Für drei Wochen B, dann felddienstauglich.“
Bei einem Offizier wurde die Diagnose Margulies: „Paralyse“ über Auftrag Halbhubers erst in: „Neurosen mitteren Grades“ und dann in: „Hochgradiger Jähmangel“ umgeändert. Auf die Bemerkung eines Krankenschreibers (Mediziners), daß der Paralytiker nun das Spital mit der Diagnose eines Jähmangelatoriums verlasse, erklärte Prof. Margulies: „Das geht uns nichts an, wir haben zu tun, was man uns besticht.“
Eines Tages kam ein Stotterer, namens Kolar zur Konstatierung seines Leidens in die Abteilung Margulies. Nach der Feststellung der Geisteskrankheit stotterte der Mann seit seiner Kindheit. Bei der Vorstellung vor Halbhuber konnte K., nach seinem Namen gefragt, keine Antwort herausbringen. Daraufhin ord-

nete Halbhuber an, ihn mit der Diagnose „Jähmerte Stummheit“ zu entlassen. Margulies fügte hinzu: „Aus Erhebungsbericht Stottern“, im übrigen: „Gehe ihn die Sache nichts an!“ Kolar wurde auf Befehl Halbhubers als felddienstauglich zu seinem Truppenkörper entlassen. Einige Zeit nachher kam vom Militärgericht — der Mann war auf Grund des Spitalberichtes in Anklagezustand veretzt worden — die Anfrage, bei welchem Anlasse das Simulieren der Stummheit bei Kolar beobachtet wurde. Als daraufhin dem Prof. Margulies das Hauptverfahrepersonal die Aufschrift des Gerichtes mit dem Verhalt, sie könne nicht beantwortet werden, weil bei dem Manne ja keine Simulation vorlag, zur Verantwortung überlassen wollte, erklärte Margulies, die Sache gehe ihn nichts an. Halbhuber hätte die Diagnose gestellt und sei dafür verantwortlich. Nach Besprechung mit Halbhuber distanzierte Margulies selber die Antwort in dem Sinne, daß man sich nicht mehr erinnern könne, bei welcher Gelegenheit Kolar die Stummheit simuliert hätte. Eine zweite Anfrage des Gerichtes wurde ähnlich beantwortet. — Nach mehrmonatigen Untersuchungen wurde Kolar bei der Hauptverhandlung auf Grund eines Sachverständigengutachtens als Stotterer anerkannt und freigesprochen.

Diese drei Fälle vermögen wohl einen Begriff zu geben, wie Halbhuber sein Handwerk trieb. Alle ihm unterstellten Ärzte, auch Doktor Petrávalsky und Margulies, mußten sowohl die ärztlichen Fähigkeiten als auch das ärztliche Gewissen Halbhubers richtig einschätzen vermögen. Trotzdem lobte ihn Dr. Petrávalsky als „vorzüglichen Kommandanten“ und Margulies hat sich am 11. Dezember über Halbhuber dienstlich und schriftlich folgendermaßen geäußert: „außerordentliche Pflichttreue“, „streng, aber gerecht“, „besonders beispielgebend Ehrlichkeit und Reinheit der Gesinnung“, „der Gedanke, daß er geistig nicht normal sei, ist mir niemals gekommen“, „Das Bestehen einer auch beginnenden Demenz schließt ich als Psychiater aus“, „seine Urteilsfähigkeit ist tadellos“, seine „medizinischen Kenntnisse sind ausreichend“. Diese Äußerungen Margulies' lassen erkennen, was das Studium des Aktenmaterials beweist, daß nämlich Prof. Margulies sich zum Verzeihen Halbhubers erniedrigte und das Gegenstück zu Stränfler und Fischer bildete, die dem Halbhuber nicht nur aus ärztlicher Gewissenhaftigkeit entgegentraten, sondern auch den Mut zu dem allerdings gescheiterten Versuch anbrachten, den unfähigen und unzurechnungsfähigen Schädling zu beseitigen. Die Angaben Prof. Margulies' vor Gericht stehen in vollstem Widerspruch zu seinen Äußerungen gegenüber seinen Untergebenen, denen er sagte, daß Halbhuber sehr mangelhafte Kenntnisse habe und daß er ihn bei einer Prüfung durchfallen lassen müßte. Die Untergebenen, die unter anderem auch dies vor Gericht bezogen wurden — dies sei vorweggenommen — wurden bei der Hauptverhandlung vereidigt, während Margulies zum Eid nicht zugelassen wurde!

Die Hölle bei Halbhuber.

Aus der umfangreichen Aussage des Zugsführers Rindermann, eines Lehrers, der als Schreibkraft im Garnisonsspital II beschäftigt war, aus dem Vorverfahren.
Halbhuber verriß die Zeugnisse der Chirurgen vor den Patienten, bezeugte sie als „blödsinniges Geschreibsel“, unterfuchte die Leute ganz stüchtig mittels eines Hörrohres im Lärm

des Vorzimmers oftmals über Bluse und Mantel und erklärte nach kurzem Hin- und Hergehen, daß bei spielsweise kein Herzfehler vorliege, oder daß der Mann ein Schwindler sei. Manchmal untersuchte H. den Patienten gar nicht, schaute ihn nur an und unterschrieb das Zeugnis nicht. Mitunter stellte H. im Vorübergehen Leute auf dem Gange und untersuchte sie, angekleidet, mit einem Hörrohr, darunter hier und da auch Leute, die nur als Begleitmannschaft der Kranken ins Spital gekommen waren. Dabei erklärte er diese Leute als frontdiensttauglich, worauf er von ihnen erfahren mußte, daß sie nur als Begleitmannschaft ins Spital gekommen waren.

Wie die Mannschafsfälle „erledigt“ wurden.

Die Patienten wurden von einem Arzt oder Mediziner untersucht, deren Befunde ohne Diagnose ins Vormerkblatt geschrieben wurden. (Namenlose wurden nicht gemacht, weil sie bei der Beurteilung der Krankheiten nicht berücksichtigt wurden.) Dann wurden etwa 20 Fälle von Prof. Margulies in ungefähr einer halben Stunde erledigt. Hierauf kam Halhuber, fragte, was dem einzelnen Manne fehle und, ohne zu untersuchen, nannte er die Leute häufig Simulanten und schimpfte insbesondere die Leute mit nervösen Folgezuständen nach Syphilis aus. Dann stellte Halhuber seine Diagnosen: „Blutarmut“ oder „allgemeine Körperschwäche“. Starke Männer wurden ohne Rücksicht auf ihren Nervenzustand als frontdiensttauglich bezeichnet. Diese Art der „Behandlung“ und „Untersuchung“ regte Schreiber und auch Ärzte furchbar auf. Prof. Margulies dagegen diktierte selber die Symptome, nachdem Halhuber Diagnosen und Anträge gestellt hatte. Margulies war auch damit einverstanden, daß sogar in den Zeugnissen von Epileptikern, die vor der militärischen Dienstleistung nie an dieser Krankheit gelitten hatten, die Bemerkung eingetragen wurde: „Das Leiden ist nicht durch die militärische Dienstleistung entstanden.“ Ja selbst bei Verletzten wurde diese Anmerkung gemacht. — Margulies erklärte, man müsse sich fügen, wenn ein Vorgesetzter es verlange.

Alle sind Simulanten, alle sind frontdiensttauglich.

Die durch nichts gehemmte, an Sadismus gemahnende Grausamkeit, die Halhuber an den Menschen austoben ließ, fand einen weiteren starken Zeugen an dem Zugführer Karl Lewitus, einem absolvierten Mediziner, aus dessen umfangreicher Aussage im Vorverfahren wir ebenfalls nur einiges wiedergeben können:

Ein Rumäne, welcher eine 10 Zentimeter lange, sehr breite und tiefe Narbe über dem Hinterhaupt hatte und an den Folgen einer Kleinhirnerkrankung litt, wurde von Halhuber als fehdiensttauglich bezeichnet. Erst auf den Einwand des Prof. Margulies wurde der Mann in eine Rekonvaleszentenabteilung geschickt. Nach seiner Rückkehr wollte H. ihn wieder als frontdiensttauglich erklären und gab ihm erst auf die Einrede des Margulies hin einen Befund, mit der Diagnose: „Nervenschwäche leichteren Grades“.

„Traumatische Neurose“ wurde von Halhuber überhaupt nicht anerkannt. Derart Erkrankte erhielten immer die schablonenmäßige Diagnose: „Nervenschwäche leichteren (oder mittleren) Grades“. Außerdem mußte im militärischen Zeugnis immer — entgegen der Wahrheit — angeführt werden, daß das Leiden nicht durch die Kriegstrapagen oder durch die erlittene Verletzung entstanden ist. Ferner mußte in solchen Fällen 18 Prozent Berufsunfähigkeit angegeben werden, damit die Leute keine Rente bekämen, weil diese vom Staate unter 20 Prozent nicht gezahlt wurde.

Ohne Gewissen und ohne Gedächtnis.

Attenmaterial über Fälle, die zur Konstatierung kamen, studierte Halhuber nie durch, ließ sich nicht einmal den Inhalt angeben und erledigte den Akt ohne Rücksicht auf seinen Inhalt. So kam es, daß Leute, die nur zur Feststellung der Berufsunfähigkeit ins Spital gekommen waren, von Halhuber „B“ oder „C“ klassifiziert wurden, obwohl sie in nicht allzu fernem Verhältnis standen. Um unnötige Prognosen des H. aus der Welt zu schaffen, stellte ihm Prof. Margulies, die Begehrtheit des Halhuber ausnützend, Leute ein zweitesmal mit einem anderen Befunde vor, als ihn H. einige Tage vorher, bei der ersten Vorstellung befohlen hatte.

Daraus geht hervor, daß Prof. Margulies die Unfähigkeit und Gewissenlosigkeit Halhubers richtig einschätzte. Trotzdem aber und obwohl er in den allerkrassesten Fällen selber zur List griff — während er sich sonst fügte — gab Margulies bei seiner Einnahme an, daß er immer im Einvernehmen mit Halhuber gehandelt und stets mit ihm die Fälle „in freundschaftlicher Weise“ besprochen habe. — Was die Dokumente aus dem Prozeß Halhuber aus Licht bringen, gereicht dem nunmehr toten Professor Margulies nicht zur Ehre.

Genosse Professor Dr. Fischer gab als Zeuge im Verfahren an, daß sich so ziemlich alle Ärzte des Spitals über das sonderbare Wesen und Benehmen Halhubers beklagt hätten. Fischer als Psychiater wurde immer wieder interpelliert, ob er ihn für normal halte und die Klagen der Kollegen endeten immer damit, daß man das nicht mehr ansehen könne, und es mit keinem ärztlichen Gewissen nicht in Einklang

bringen könne, auf Halhubers Befehle einzugehen, sich die Befunde von ihm zerreißen und ändern zu lassen. Doch blieb es im allgemeinen bei diesen stillen Neuerungen des Unwillens. Fischer als einziger wahrte sich seine Selbständigkeit derart, daß ihm nie ein Befund geändert, geschweige denn zerrißen worden wäre. Diese Tatsache führte zu seiner Verweisung aus dem Spital. Professor Fischer schilderte dann die Zustände im Garnisonsspital übereinstimmend mit den Schilderungen der anderen von uns angeführten Zeugen und erwähnte die verschiedenen Umstände, die ihm die Unzurechnungsfähigkeit und den defekten Geisteszustand Halhubers bewiesen.

Von wissenschaftlicher Seite erfuhr Halhuber dann — und mit ihm alle die allerdings Wenigen, die ihn stützten und verteidigten — eine fürchterliche Abrechnung durch

Das Gutachten Prof. Wagner-Jauregg und Stranöhs.

das diese über Auftrag des Divisionsgerichtes in Kaschau erstatteten und das eine glänzende Rechtfertigung der Feststellungen und Eingaben Prof. Stranöhs darstellt. Die beiden bedeutenden Psychiater verurteilen restlos das Verhalten Halhubers gegenüber Patienten und Ärzten, seine Massenuntersuchungen, seine Auskultationen über den Kleibern, sein schwer mangelhaftes ärztliches Wissen; sie stellen ausgesprochene Defekte „in intellektueller und fühlmähiger Beziehung“ fest und meinen, daß das Verhalten beinahe „an Dinge erinnert, wie sie bei der progressiven Paralyse . . . gefunden werden“. Für das „psychische Herabgleiten“ Halhubers wird auch seine besondere Liebe für den Alkohol als Beweis ins Treffen geführt. Interessant ist, daß in diesem Gutachten die Angaben des Prof. Margulies von der Betrachtung ausgeschlossen werden, weil dieser, „ein anerkannter Fachmann“, auf seine Selbständigkeit als Arzt gegenüber Halhuber ohne Not, ja entgegen den Vorschriften (geschweige denn der moralischen Pflicht) Verzicht geleistet und seine persönliche wissenschaftlich-medizinische Überzeugung den falschen und verwerflichen „Richtlinien“ Halhubers angepaßt hat. — Die Professoren Wagner-Jauregg und Stranöhs kommen in ihrem Gutachten zu dem Schlusse, daß Prof. Stranöhs berechtigt und verpflichtet war, die Anzeige an das vorgelegte Kommando zu erstatten, daß seine Schlüsse und die des Dozenten Fischer gerechtfertigt sind und daß Stranöhs mit Recht von einem geistigen Defektzustande Halhubers sprach.

Dieses Gutachten verfaßten die beiden Psychiater am 31. Jänner 1918, also ein volles Jahr nach der Erstattung der Meldungen durch Stranöhs und Fischer. Aber auch daraufhin wurde der Schädling Halhuber nicht beseitigt, man ließ vielmehr noch ein halbes Jahr bis zur Hauptverhandlung — gegen Stranöhs — verstreichen, über die wir in einem nächsten Artikel berichten werden.

(Fortsetzung folgt.)

Ausland.

Arisenstimmung in Warschau. Ohne allzu große Uebertreibung kann man sagen, daß im verfassunggebenden Sejm in Warschau das Bestehen einer Regierung eigentlich nur ein Intermezzo zwischen zwei Kabinettskrisen war. Von den Neuwahlen Ende vorigen Jahres hoffte man, daß endlich klarere Parteiverhältnisse hergestellt werden würden. Insbesondere hofften die zu einem Bloß zusammengeschlossenen chauvinistischen Parteien der Rechten, die Macht an sich reißen zu können. Es ist bekannt, zu welcher letzten Szenen die Enttäuschung über die Vereitelung dieser Hoffnung führte, bis zur Ermordung des Präsidenten Narutowicz. Eine gewisse Ernüchterung führte Ende Dezember zur Bildung des Kabinetts Siforski, das aber nur als Provisorium angesehen wurde. Siforski gelang es jedoch, sich bis heute zu behaupten. Mit zunehmender Erbitterung begann demgegenüber die Rechte, gegen das ihr nicht genehme Kabinett Sturm zu laufen. Auf der einen Seite versuchte sie, den schlaun, aber ehrgeizigen und nicht sehr grundsätzlichen Führer der gemäßigten Bauernpartei Witos zu sich herüberzuziehen, auf der anderen Seite wandte sie auf der Straße, in der Presse und im Parlament alle erprobten Mittel strupploser Hege an. Das Kabinett Siforski geriet zu alledem in die Verwickelungen mit Litauen hinein, bei denen Polen seine Ansprüche nur zum Teil erfüllt sah. Umso größer war der Triumph der Regierung, als es ihr gelang, die Zustimmung der Entente zu den polnischen Forderungen zu gewinnen. Daß die Entente dabei ausdrücklich eine Garantie für diese Grenze ablehnte, wurde stillschweigend übergegangen. Aber dieser außenpolitische Erfolg stärkte die Position der Regierung nicht. Denn er entseffelte eine Hochflut des Chauvinismus, der sich zugleich mit neuer Kraft gegen die Regierung wandte. Zustatten kam ihm dabei auch des Bestrebens des französischen Chauvinismus, Polen enger an die Kleine Entente und die Tschechoslowakei heranzuziehen, denn das liegt nicht in der Richtlinie des Programms der jetzigen Regierung. Die bereits angekündigten Besuche französischer Generale mit Hoch an der Spitze und des tschechischen Außenministers Bened in Warschau für Mai sind in diesem Zusammenhang bezeichnend. Und bezeichnend ist auch, daß gleichzeitig in Warschau unverkennbar Arisenlust für das Kabinett Siforski weht. Es wäre natürlich international bedauerlich, wenn in

Warschau gerade jetzt, zur Zeit des . . . eine ausgesprochen chauvinistische Richtung ausbräche, ein Zeichen dafür, daß Siforski etwa ein Freund der Deutschen ist. Gerade er hat durch persönliche Besuche in Paris, als er noch Generalstabler war, das polnische Vasallenverhältnis zu Frankreich gefestigt, und als Ministerpräsident hat er der deutschen Windeberheit gegenüber die Taktik verfolgt, sie zugleich mit den Juden von den übrigen Minderheiten zu trennen, um ihre Position zu schwächen, obwohl Deutsche und Juden ursprünglich zur Regierungsmehrheit gehörten. Von deutschen Standpunkt aus brauchte man Siforski und seinem Kabinett keine Träne nachzuweinen. Es ist auch wahrscheinlich, daß ein Rechtskabinett in absehbarer Zeit abwirksam würde. Aber inzwischen könnte es allerdings genug Schaden anrichten.

Ein Sozialistengesetz in Japan. In Japan ist eine Periode der Sozialistenvorfürungen im Anbruch, ein Zeichen dafür, daß die japanische Arbeiterbewegung an Kraft zunimmt. Eine Gesetzesvorlage im April vorigen Jahres suchte sämtliche Freiheitsrechte zu unterdrücken, sie wurde, von der gesamten japanischen Presse bekämpft, vom Parlament abgelehnt. Die Regierung beharrt trotzdem bei ihrer Absicht, ein ähnliches Gesetz durchzubringen. Den Widerstand der bürgerlichen Elemente und der Presse trachtet sie teils mit Bestechungen, teils aber dadurch, daß das neue Gesetz nur gegen die Arbeiterbewegung gerichtet sein soll, zu beseitigen. Ein Aufruf der vereinigten Kommission der Arbeiterschaft und der Sozialisten Japans, obgedruckt in Neuhoth Nation vom 21. März 1923, wendet sich an das gesamte Weltproletariat um Unterstützung. Er teilt den Text des abgelehnten Gesetzes mit und behauptet, daß das beabsichtigte Gesetz im wesentlichen dieselben Unterdrückungsmassnahmen enthält. Es soll sich vorerst nur gegen die anarchistischen und kommunistischen Elemente richten, aber auch gegen solche, die die soziale Ordnung durch Massenaufstände oder durch ungesetzliches Vorgehen ändern möchten. Bei den bestehenden geheimen Gerichtsverfahren kann jedoch eine jede soziale Bewegung aufgrund dieses Gesetzes verfolgt und deren Führer und Teilnehmer mit Kerker bis zu zehn Jahren bestraft werden. Die japanische Arbeiterschaft setzt große Hoffnungen darauf, daß die Hilfe und Protektion des europäischen Proletariats imstande sei, die Pläne der japanischen Regierung zu vereiteln. Sie ist vielleicht nicht darüber unterrichtet, daß in einer großen Anzahl europäischer Länder in der letzten Zeit ähnliche Unterdrückungsgesetze eingeführt worden sind. In Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, ja sogar in der fortgeschrittenen Tschechoslowakei. Selbst in der „demokratischen“ Schweiz konnte das Proletariat die Einführung eines Antistreitgesetzes im vorigen Jahre nur mit großer Mühe verhindern.

Telegramme.

Tschechisch-französische Luftschiffahrtskonvention.

Vorbereitung militärischer Zusammenarbeit?

Paris, 12. April. (Havas.) Dem „Matin“ zufolge wird binnen kurzem die zwischen der Tschechoslowakei und Frankreich abgeschlossene und vom Gesandten in Paris Dr. Duryll und dem Unterstaatssekretär für Luftschiffahrt Laurent Cynac unterfertigte offizielle Luftschiffahrtskonvention veröffentlicht werden. Diese Konvention wurde zwischen dem Minister Dr. Benes und Cynac bereits bei der Genueser Konferenz vorbereitet. Der „Matin“ bemerkt, diese Konvention sei äußerst interessant und wichtig, denn es handelt sich um eine enge Zusammenarbeit der Aviatiker der beiden Nationen. Der Vertrag ist ein gegenseitiger. Im ersten Artikel werden die beiderseitigen Begünstigungen aufgezählt, welche bei Installationen, Subventionen und Betriebsprivilegien beiderseitig gewährt werden. Im zweiten Artikel wird die technische Zusammenarbeit sowie der Austausch der Ingenieure, Mechaniker und Piloten definiert. Der dritte Artikel handelt von Erleichterungen bei Ankäufen von Motoren und Flugzeugen. Der vierte Artikel behandelt die Autorisierung von Luftschiffahrtskonstruktionen. Ferner wird die Kontrolle über fremde Konstruktionen sowie auch jene über die Fahrt anderer Maschinen als tschechischer und französischer definiert. Der Vertrag gilt für drei Jahre und wird automatisch erneuert.

Seipel gruppiert sein Kabinett um.

Wien, 12. April. Mit Rücksicht auf die Zusammenlegung einzelner Ministerien und den Rücktritt von Ministern, deren Ressorts einem anderen Ressort angegliedert sind, kommt es zu einer Demission der Regierung und zur Wahl einer neuen Regierung mit Bundeskanzler Seipel an der Spitze. Im Parlament finden diesbezügliche Beratungen statt. Heute mittags beriet Seipel mit dem Vorstande des deutschen Landwirtschaftsverbandes Dr. Schönbauer und teilte ihm mit, daß die Mehrheitsparteien bereit sind, dem Landwirtschaftsverbande (ein 4 bis 5gliedriges Fraktionchen!) bei der neuen Ministerwahl eine Vertretung im Kabinett zu geben.

Die Niederlage der englischen Regierung.

Lärmjenen und Kombinationen.

London, 11. April. (Havas.) Ueber Lärmjenen, welche sich im Unterhause ereigneten, wird

gemeldet: Schatzkanzler Baldwin legte dem Unterhause den Antrag betreffend die Verwendung ehemaliger Soldaten im Dienste der Zivilverwaltung, welcher bekanntlich gestern abgelehnt wurde, zur neuerlichen Verhandlung vor. Dabei gerieten Mitglieder der Arbeiterpartei und Konservative aneinander. Als der Präsident bekannt gab, daß der Antrag der Regierung angenommen sei, begannen die Extremisten die „Rote Fahne“ zu singen, wobei es zu stürmischen Kundgebungen kam. Ein schottischer Abgeordneter der Labourparty verfehle dem Unterstaatssekretär für die Kolonien einen Schlag. Es kam zu einem neuen Tumult, bei welchem Abgeordnete der Arbeiterpartei zu den Regierungsbänken zu gelangen trachteten. Der Präsident verbot daraufhin die Sitzung bis morgen. Die vorgestrige Niederlage der Regierung bildet auch weiter den Gegenstand lebhafter Kommentare. In konservativen Kreisen verheißt man nicht gewisse Besorgnisse. Trotzdem glaubt man nicht an einen Rücktritt der Regierung, sondern an die wahrscheinliche Notwendigkeit einer Rekonstruktion. Von einigen Seiten wird erklärt, daß der erste Wiedereintritt würde, der Schatzkanzler Baldwin wäre. An seine Stelle würde Chamberlain treten.

Mordorgien in Irland.

London, 11. April. Reuter meldet aus Tuam (Irland): Sechs Männer, die im Besitze von Waffen angegriffen wurden und mehrere Monate gefangen gehalten worden waren, wurden heute hingerichtet.

Horthys Regierung will auch vom Knaben Otto nichts wissen.

Budapest, 12. April. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung brachte Abgeordneter Szalacs (Aber Kleine Landwirtpartei) eine dringliche Interpellation, betreffend die wirksame Anwendung des Gesetzesartikels 47 aus dem Jahre 1921 über die Dethronisierung der Habsburger ein. Er bemängelte es, daß eine legitime Propaganda immer mehr um sich greife und den Aufsehen erwecken wolle, daß Erzherzog Otto als Apostolischer König von Ungarn anerkannt sei. Ebenso bemängelt er die Requiemfeierlichkeiten für König Karl. Präsident Huszar erklärte, die Nationalversammlung sei auf dem Requiem aus dem Grunde vertreten gewesen, weil es ein Akt der Pietät gegenüber dem Toten war, der einmal die Krone des Heiligen Stephan getragen hat. Ministerpräsident Bethlen erklärte, es sei das größte Interesse der Nation, daß die Königsfrage nicht Gelegenheit gebe, neue Kontroversen zu verursachen. Nach schwerer Arbeit sei es gelungen, diese Frage aus dem Parlament auszuscheiden. Die Regierung habe schon öfters ihren Standpunkt fixiert, von welchem sie nie abgewichen ist. Der Gesetzesartikel 47 vom Jahre 1921 müsse und werde eingehalten werden und die Regierung und ihre Organe sind schon mehrere Male gegen solche Personen energisch vorgegangen, deren Propaganda nicht eine gefehmähige Abänderung des Gesetzesartikels 47 bezwecke. Betreffend die Teilnahme an dem Trauergottesdienste erklärte der Ministerpräsident, daß die Toten nicht politisieren, daß bei einem Akt der Pietät die Feindseligkeiten verstummen müssen und in der von dem Interpellanten bemängelten Feierlichkeit niemand Politik sehe, mit Ausnahme einiger weniger, die daraus Politik machen wollen. Eine Benennung des Erzherzogs Otto als König Otto II. stehe im Gegensatz zu dem Gesetz und die Regierung werde daher in konkreten Fällen gegen diejenigen einschreiten, die sich einer solchen Bezeichnung bedienen.

Wieder eine beigelegte Regierungskrise in Ungarn.

Wien, 12. April. (Eigenbericht.) Wie „Az-Est“ erfährt, stand man gestern vor einer ungarischen Regierungskrise. Bethlen habe mit der Demission gedroht und nur durch das persönliche Eingreifen Horthys sei eine Einigung zwischen Bethlen und Gömbös zustande gekommen.

Die Leibeigenschaft in Horthy-Ungarn.

Wien, 12. April. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung der ungarischen Nationalversammlung wurde der Gesetzentwurf über die Löhne der Landarbeiter verhandelt. Der Abgeordnete der Reformpartei Drozahn besprach die entsefliche Lage der ungarischen Landbevölkerung, die zu acht Zehntel ohne Grundbesitz sei. Er erklärte, daß der Klerus, die Großgrundbesitzer und die jüdischen Pächter in Ungarn die Leibeigenschaft wieder eingeführt haben.

Vertagung des Prozesses Lichon.

Riga, 12. April. (Havas.) Wie gemeldet wird, ist der Prozeß gegen den Priester Lichon infolge der zwischen den bolschewistischen Führern aufgetauchten scharfen Meinungsverschiedenheiten vertagt worden. Die gemäßigten unter ihnen forderten die Einstellung der Verfolgung, während die Extremisten sich gegen die Zulassung der Einmischung kapitalistischer Mächte aussprachen. Wie der Korrespondent der „Times“ aus Riga meldet, ist der Prozeß infolge des Einschreitens des Vertreters Englands in Moskau und einiger anderer Vertreter ausländischer Staaten, welche der Sowjetregierung mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen gedroht haben, vertagt worden.

in der „Jednota“ herborgerufen und bereits dazu geführt, daß bratr Vukobal, der eigentliche verantwortliche Führer der „Jednota“, es nicht wagen kann, in den Versammlungen seiner Organisation zu sprechen. Vor einigen Tagen passierte es ihm in einer Versammlung in Kolín, daß er gar nicht den Mund ablegen durfte, sondern trachten mußte, schleunigst zu verduften. Nicht viel besser erging es dem bratr Procházka, dem Obmann der „Jednota“, der, nachdem er ein paar Minuten gesprochen, ebenfalls zur Flucht gezwungen wurde. Es darf also nicht wunder nehmen, daß die Nachbarn der „Jednota“ in verstärktem Maße die Kesseltrommel rühren und nach jeder Gelegenheit haften, sich als Retter aufzuspielen. Das Verbrechen, das die Vertreter der nationalsozialistischen Partei durch ihr Eintreten für das Abwagengeseg begangen haben, trägt ihnen jetzt die verdienten Früchte. Sie möchten nun durch Ausführung hochkapitalistischer Maßgaben, wie des geschädigten, ihr Gewissen beruhigen und sich von ihrer Schuld rein waschen, was ihnen aber bei der furchtbaren Schädigung, die sie den Staatsangestellten und Eisenbahnangestellten des Staates zugefügt haben, allerdings nicht gelingen wird.

Einschränkung der Buchholzmöbelherzeugung. Die Buchholzmöbelarbeiter in den währischen Betrieben sind trotz Eingehen auf eine wesentliche Lohnherabsetzung, nach mehrmonatlicher Betriebsstilllegung zu einem nicht unbedeutenden Teile immer noch ohne Arbeit. Die Firmen Mundus und Kohn beschäftigen nur 70 Prozent, die Firma Thonet gar noch 50 Prozent des früheren Standes. Diese Produktionsbeschränkung ist auf die Gründung von Betrieben der Firma Brüder Thonet in Polen (Radomsk), wo über 1500 Arbeiter beschäftigt werden, sowie in Deutschland, wo ebenfalls eine größere Anzahl von Arbeitern bereits beschäftigt wird, zurückzuführen, wobei die niedrige Valuta für bessere Konkurrenzfähigkeit maßgebend gewesen ist. Die durch so viele Jahre ausgeübte Arbeiterkraft der inländischen Betriebe überläßt man ihrem Elend. Die Nachfrage für Buchholzmöbel im Auslande soll eine sehr rege sein, allerdings nur für Qualitätsware.

Wenn die Kuh aus dem Stalle ist. Der Gesetzesentwurf zum Schutze der Bankkunden wird in der nächsten, am 17. April stattfindenden Sitzung der Nationalversammlung eingebracht werden. Wenn schon nicht die „Bohemia“-Einleger, so dürften die 2,5 Millionen Kronen des Herrn Abgeordneten-Bankpräsidenten Kubicek gerettet werden.

Die steirischen Scharfmacher provozieren weiter. Die Sektion Steiermark des Vereines der Bergwerksbesitzer Oesterreichs hielt heute eine Versammlung ab und nahm einstimmig einen Beschluß an, in dem ausgeführt wird, daß es die Bergbauunternehmer ablehnen, über irgendwelche Fragen mit der Gegenseite in Verhandlungen einzutreten, solange der Streik nicht restlos beendet und die Arbeit nicht wieder aufgenommen ist. Die einzelnen Unternehmer behalten sich vor, bei der Wiederaufnahme der Arbeit nur soviel Arbeitskräfte wieder einzustellen, als es die Situation des betreffenden Wertes gestattet. Mit Rücksicht auf das von den Vertretern der Arbeiterchaft mitgeteilte Ultimatum, wonach spätestens am Freitag der verschärfte Streit eintreten wird, wird die Entlassung der gesamten Belegschaft beschlossen. In einzelnen Werken wird dieser Beschluß in einer besonderen Kundmachung angehängt.

Abnahme der Arbeitslosigkeit in Oesterreich. Die letzten statistischen Angaben über die Arbeitslosigkeit in Oesterreich bezeugen, daß der Höhepunkt der Industriekrise überwunden zu sein scheint. Die Zahl der unterstühten Arbeitslosen verminderte sich von 168.147 Ende Februar auf 155.772 Ende März. Die Zahl der unterstühten Arbeitslosen in Wien ist von 97.630 am 10. März auf 90.845 am 7. April gesunken. Daraus folgt, daß auch in Wien die Arbeitslosigkeit sich in einer absteigenden Linie befindet.

Som englischen wirtschaftlichen Kriegsbeschwerden. Die Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes im Baugewerbe sind gestern endgültig gescheitert. Die Aussparungsbedingungen der Unternehmer treten somit am Samstag in Kraft. Die Zahl der betroffenen Arbeiter beträgt fünfhunderttausend.

Große soziale Arbeiterkämpfe in Ungarn. Dem Anstande der Arbeiter in den öffentlichen Betrieben der Stadt Budapest haben sich auch die Arbeiter der Zählbüchsen, der hauptstädtlichen Brotfabriken und der hauptstädtlichen Lebensmittelbetriebe angeschlossen. Die Arbeiter der Phosphatwerke, die Neupost mit elektrischem Strom versorgen, sind, ohne die Erledigung ihrer Forderungen abzuwarten, in den Ausstand getreten. Die Arbeitsplätze der Streikenden wurden von den Arbeitern des Nationalverbandes für Arbeitsschutz bezogen. 113 streikende Arbeiter wurden zur Polizei gebracht. Gegen dieselben wird ein Verwaltungsverfahren eingeleitet. — Die streikenden christlichsozialen Angestellten Budapests drohen, wegen der fortwährenden Übergriffe der Polizei in die sozialdemokratische Gewerkschaft überzutreten.

Ein vernünftiger Plan der ungarischen Regierung. Der ungarische Volkswirtschaftsminister hat in der Nationalversammlung einen Gesetzesentwurf eingebracht, welcher die Verringerung der Wohnungsnot. Die Aktiengesellschaften und industriellen Betriebe sollen verhalten werden, die zu Geschäftszwecken benötigten Wohnungen zu räumen, ferner für ein Fünftel ihrer Angestellten Wohnungen bauen zu lassen. Saumseligen werden Gebühnen von 10 Millionen Kronen auferlegt. Die aus diesen Strafen einfließenden Beträge werden zu staatlichen Wohnungsbauten verwendet.

Das Muster einer Staatsbank. Am Dienstag den 10. April wurde die Thüringische Staatsbank eröffnet. Sie soll mit den dem Staat zustehenden Mitteln im Rahmen eines neuzeitlichen Bankbetriebes arbeiten, während die alten Staatsbanken mit Ausnahme der preussischen in der Hauptsache die Aufgabe hatten, die Geldmittel mündelsicher zu verwalten oder aber ihr Notenprivileg zum Zwecke der Schaffung laufender Staatsmittel auszunutzen. Die Staatsbanken in Preussisch-Pommern und Sachsen dienen der thüringischen Regierung als Vorbild. Die in den bisherigen Gebieten Thüringens bestehenden Landesbanken, die mit einer einzigen Ausnahme keinen neuzeitlichen bankmäßigen Betrieb eingeführt hatten, werden nach und nach in die Staatsbank übernommen. Neben dem Direktorium, das dem Finanzminister unmittelbar unterstellt ist, besteht ein 13köpfiger Verwaltungsrat, in dem alle Wirtschaftskreise des Landes einen Vertreter entsandt haben. Keines seiner Mitglieder darf selbständig ein Bankgeschäft betreiben oder Mitglied des Vorstandes und Aufsichtsrates oder Angestellter eines Geldinstitutes sein. Der Verwaltungsrat übt ein Kontrollrecht über die Tätigkeit des Direktoriums sowie der Zweig- und Nebenstellen aus. Der Wirtschaft zu dienen, ist die freundliche Aufgabe des Institutes, das vom Staate und damit von der Volksgemeinschaft geschaffen wurde.

Handelsverhältnisse Frankreichs und Amerikas in der Türkei. Das französische Oberkonsulat hat Mittwoch bei dem Vertreter der türkischen Regierung in Konstantinopel offiziell gegen das von der Nationalversammlung angenommene Gesetz Protest eingelegt, das amerikanischen Gruppen 1. die Konzession zum Bau und Betrieb von Eisenbahnen einräumt, die früher durch ein kaiserliches Trade vom 21. April 1914 einer französischen Gesellschaft erteilt worden war und 2. die Konzession zum Bau des Hafens von Samsun, während dasselbe Trade Frankreich ein Recht auf diesen Hafen vorbehalten hatte. Sinegen beabsichtigt die Regierung der Vereinigten Staaten sich für die Gültigkeit des Chesterkonzerns in Kleinasien unbedingt einzusetzen. Wahrscheinlich wird die Angelegenheit auf der Lausanner Konferenz zur Sprache kommen, wo Amerika durch seinen römischen Botschafter Child als offiziellen Delegierten mit beratender Stimme vertreten sein wird.

Ansteigende Teuerung in Frankreich — eine Folge Poincares Ruhe-Politik. Die Teuerung hat in Frankreich unter dem Ministerium Poincare erschreckende Fortschritte gemacht. Wenn man den Durchschnitt der Preise für die 45 zum Leben wichtigsten Produkte zieht, stellt man fest, daß das, was in Frankreich 1914 100 Francs kostete, im Januar 1920 500 Francs und im Monat April desselben Jahres 600 Francs kostete. Von diesem Zeitpunkt an hatte der Preis für die Lebenshaltung zu sinken begonnen: Der Index war allmählich gefallen auf 450 Ende 1920, auf 330 Ende 1921 und bis auf 313 Anfang 1922. Von Februar 1922 an ist der Preis für die Lebenshaltung unaufhörlich, langsam und sicher von Monat zu Monat gestiegen. Von 313 im Februar ist der Index nach und nach auf 370 am Ende Dezember 1922 gekommen. Ende Februar 1923 war er auf 430. Seit das Ministerium Poincare am Ruber ist, hat sich der Preis der Lebenshaltung um mehr als 30 Prozent erhöht, mehr als die Hälfte dieser Steigerung hat sich vollzogen, seitdem die Besetzung des Ruhrgebietes erfolgt ist. Es scheint, daß die Teuerung in Frankreich, die ihre Ursache nur in der unklaren politischen Situation hat, noch lange nicht den Höhepunkt erreicht hat.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Berlin	16.40/00
Paris	Mar. 629/50
Wien	öterr. Kr. 2131/00

Prager Kurse am 12. April.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1344/00	1348/00
10.000 Mar.	16.00/00	17.07/00
100 holl. Francs	104/25	105/75
100 schweiz. Francs	618/75	621/25
1 Pfund Sterling	158/75	160/25
100 Lire	169/25	170/75
1 Dollar	34/30/00	34/60/00
100 franz. Francs	226/75	228/25
100 Dinar	35/75/00	36/25/00
10.000 ungar. Kronen	75/75/00	79/75/00
10.000 poln. Mark	7/75/00	8/75/00
10.000 öterr. Kronen	4/87/50	5/17/50

Züricher Schlusskurse am 12. April.

	Gold	Ware
Paris	26.67/00	26.70/00
London	25.53/00	25.56/00
Peking	0.02.58/00	0.02.62/00
Mailand	27.20/00	27.25/00
Solland	214/50	214/80
Wien	0.00.76/75	0.00.77/25
Budapest	0.12/00	0.12/50
Braun	16.35/00	16.40/00
New York	5.47/75	5.48/00
Belgrad	5.55/00	5.65/00
Warschau	0.01.25/00	0.01.30/00
Wien gest.	0.00/00	0.00/00

Kunst und Wissen.

Ensemblegastspiel Raimundtheater-Wien. Das geschlossene Ensemble des Wiener Raimundtheaters (Leitung Dr. Rudolf Beer) mit Max Ballenberg an der Spitze wird in der nächsten Woche ein auf drei Abende berechnetes Gastspiel mit den letzten Reuheiten seines Spielplanes absolvieren. Für den ersten Abend, Mittwoch, den 18. April, ist Hugo von Hofmannsthal's neues Lustspiel „Der unbesiegbare“ angesetzt; Donnerstag, den 19. die amüsante Ehekomödie „Dardanelle“ von Magau-Polgar und der

Courtesie-Cinater „Mimenstiege“ und Freitag, den 20., eine Wiederholung von Hofmannsthal's „Der unbesiegbare“. Max Ballenberg spielt die tragenden komischen Hauptrollen in diesen drei Vorstellungen. Kartenverkauf ab morgen, Samstag.

Neues Theater. Heute, Freitag, Verdis große Oper „Ernani“ mit Richard Kubla a. G.; Samstag Gastspiel Clewing „Vohengrin“; Sonntag nachmittags halb 3 Uhr „Der Wildschütz“, abends zum erstenmal im Neuen Theater „Cherubim“.

Kleine Bühne. Heute, Freitag, und Sonntag halb 8 Uhr Gastspiel Morgan Cinater-Abend; morgen, Samstag „Die kleine Sünderin“; Sonntag halb 3 Uhr das Bronnen-Drama „Batermord“.

Gemeindeangehöriger, Vater von 3 Kindern, alleiniger Ernährer, sucht infolge Gebaltsabbau Lehrende 1556

Nebenbeschäftigung. auch Abfahrtsarbeiten (Wahlmännchen), Gest. Ansetze unter „Jägerdorf 6“ an die Verwaltung des Blattes erbeten.

Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad

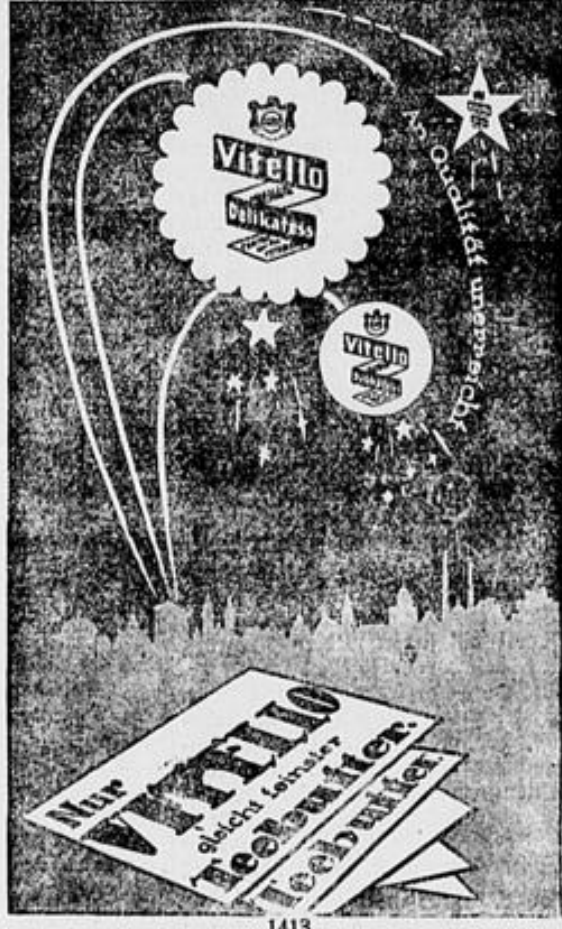
unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art **Literatur.**

Alle nicht lagernden oder wo immer angelegten Bücher und Zeitschriften werden **rasch geliefert.**

Stadt- und Dorfgemeinde fordern

die Beantwortung einer Umfrage von Verwaltungsträgern. **Roßts Taschenbuch für Kommunalpolitiker** bietet sich Ihnen auf diesem Gebiete als Führer an. Bestellen Sie noch heute durch Postkarte bei der

Buchhandlung Freiheit Teplitz-Schönau Theresienstraße 18



Aus der Partei.

Eine Plenarversammlung aller sozialdemokratischen Vertrauensmänner des Bezirkes Karlsbad findet Sonntag, den 15. April nachmittags 2 Uhr im Hotel Wachtmeister in Fischern statt. Die Tagesordnung erfordert vollgültige Teilnahme aller Funktionäre der Lokalorganisationen, der Gewerkschaften, Frauen- und Jugendorganisationen, der Genossenschaften, sowie der Turn-, Gesang-, Radfahrvereinigungen, Kinder- und Naturfreunde.

Der Film.

Jadie Coogan in „Kameraden“. Die Primaz-Filmgesellschaft führte neben einem schönen Sportfilm und einem gelungenen Lustspiel zweierakter der Universal-Filmgesellschaft in New York im Bio Svěda den neuesten Film mit Jadie Coogan vor. Mit der Entdeckung dieses kleinen Künstlers und noch mehr mit der trefflicheren Auswahl geeigneter Rollen für ihn, hat die amerikanische Filmkunst wieder einmal ihre große Überlegenheit über die europäische gezeigt. Sie ist ihr mit einiger Ausnahme des historischen Films, in dem Berlin dominiert, um einen gewaltigen Schritt voraus. Was sind alle Monstre- und Sensationfilme, alle Pariser Gesellschaftsdramen, alle Dumas-Gastonoden und Biscoterien gegen Jadie Coogan? Auch wenn der Stoff nicht wie in „Oliver Twist“ grandios fesselnd ist, wenn in den „Kameraden“ eine ausregungslose Handlung über die Leinwand läuft, setzt unser Interesse keinen Augenblick aus. Vielleicht ist das einzige Geheimnis der amerikanischen Filmtchnik, daß sie nie einen Meter zuviel, nie einen zu wenig turbelt. Jedem Bild ist die Dauer zugemessen, deren es bedarf, um das Auge zu befriedigen, ohne es schon zu ermüden. Das ist besonders bei den aus kleinen und kleinsten Episoden zusammengesetzten Handlungen wichtig, die Jadie filmt. Das persönliche Verdienst des kleinen Künstlers am Gelingen der Filme darf bei aller Anerkennung der Regieleistungen nicht unterschätzt werden. Seine ungeläufige Realist, seine köstliche, typisch angelsächsische Komik, die gesündesten Humor vermittelt, sind einzig und unnahahmlich. Wenn er die hundertmal gestickten, formlosen Pluderhosen in Falten legt und in der Matraze „bügelt“, so ist das ein Bild, das das Kino von vielem Schund, den die geduldige Leinwand spiegelt, entfährt. Wer noch Sinn für frische, naturlebendige Kunst hat, wird sich für Jadie Coogan begeistern! Die photographische Ausstattung der gezeigten Filme ist vorbildlich. —el.

Wo vertehren wir?

Café Continental, 1006 Prag-Graben

Goldenes Kreuzel, 1006 Prag-Metazanta.

Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus Prag, Smečty 22 (Urania). 1050

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“ Tägliche Konzerte in PRAG II., Hybernská Nr. 7.

Café „Nizza“ Kgl. Weinbergo, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.

Teplitz-Schönau. 1198 **CAFÉ EUROPE** Bahnhofstraße.

Gesucht wird für die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei ein 1552 **Bezirkssekretär.**

Nur Genossen, die auf eine vieljährige Parteilätigkeit hinweisen können, allen organisatorischen und agitatorischen Aufgaben gewachsen sind, wollen sich melden. Sachrisen unter „Bezirkssekretär“ an die Verwaltung d. Blattes.

Bio-Programm vom 13. April bis 19. April **Lido Spannender Roman. Im Kampfe mit der Vergangenheit** Zweite und letzte Epoche Es wird vorbereitet: OLIVER TWIST. 1544

SANSSOUCI Pathé Journal. Premiere! Aufnahmen aus der ganzen Welt. „Das Spiel der Königin“ Holz. Komödie in 3 Tollen nach Skribova „Ein Glas Wasser.“ Ferner: „Das verpestete Haus“ amerikan. Lustspiel. Der Jugend zugängig. 1545

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“ Prag II. 15. April, Sonntag: Bodmolan, Dof (Ruine), Liboc. Abfahrt 8.10, Masaryk Bahnhof. Führer Strnad. 21. April, Samstag: Kunstwanderung: Altstädter Rathaus und unterirdisches romantisches Haus. Treffpunkt: halb 4 Uhr, Altstädter Ring, astronomische Uhr. Samstag abends, 8 Uhr, Zusammenkunft „Nizza“. Zur Baumbüte ins Elbtal. Teilnahme vorher anmelden. 1555

Verbreitet den „Sozialdemokrat.“

Herausgeber: Dr. Ludvig Tsch und Karl Cermak Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß Druck: Deutsche Zeitungs-Atkengesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: D. Polka.